

Dossier 11 für Medien und Multiplikatoren

Kölner Integrationspolitik

**Weg zur interkulturellen Stadtgesellschaft
oder wohlmeinender Blindflug**

Überreicht durch:



www.koelnkannauchanders.de

Moderation und Textbearbeitung:
Frank Möller / Dr. Joachim Weiner

Transkription:
Ulla Powell

Kölner Integrationspolitik

Weg zur interkulturellen Stadtgesellschaft oder wohlmeinender Blindflug?

Das 2011 vorgelegte „**Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft**“,¹ das als zentrale Leitlinie für die kommunale Integrationsarbeit der Stadt Köln in den folgenden Jahren fungieren soll, bestimmt Integration nicht mehr als eine einseitige Anpassungsleistung der Zugewanderten an die Aufnahmegesellschaft, sondern als einen gegenseitigen Prozess der Angleichung zwischen Menschen mit Migrationshintergrund und der deutschen Mehrheitsbevölkerung auf der Basis unserer Verfassung. Leitbild ist die heterogene Stadtgesellschaft, die der Vielfalt mit Anerkennung und Wertschätzung begegnet und die Integration als politische und gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe aller hier lebenden Menschen begreift. Integrationspolitisches Leitziel ist die gleichberechtigte und chancengleiche Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen Leben in unserer Stadt.

Die dafür notwendige interkulturelle Öffnung der kommunalen Verwaltung, der sozialen Einrichtungen, der Bildungsinstitutionen und des Arbeitsmarktes, erfordert allerdings nicht nur eine erhebliche Umsteuerung eingespielter Verwaltungs- und Organisationsstrukturen, sondern auch eine grundlegende Neuausrichtung der migrationsspezifischen Unterstützungsangebote und der bestehenden Förderstrukturen.

„Köln kann auch anders“ (K²A²) dokumentiert im Folgenden eine Diskussion, die am 18. Juni 2012 im Domforum stattfand und von K²A², dem Katholischen Bildungswerk und der Gesellschaft für interdisziplinäre Praxis ausgerichtet wurde. In der Diskussion ging es um die Frage, ob und inwieweit die im Integrationskonzept aufgelisteten Handlungsempfehlungen und Zielsetzungen geeignet sind, den beschworenen Paradigmenwechsel in der Integrationspolitik wirksam zu befördern.

Der Text der Dokumentation wurde gegenüber dem gesprochenen Wort der Veranstaltung an einigen Stellen gekürzt und sprachlich geglättet. Uns besonders signifikant erscheinende Passagen wurden unterstrichen.

Als ergänzende Information zum Thema finden Sie am Ende der Mitschrift noch ein Interview, das die Zeitschrift „Choices“ kurz vor der Veranstaltung mit Dr. Joachim Weiner zum Thema veröffentlicht hatte.²

¹ Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft, hrsg. v. der Stadt Köln / Dezernat Soziales, Integration und Umwelt – Interkulturelles Referat, Köln 2011. Im Netz unter: http://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf-dezernat5/interkulturelles-referat/stk_integrationskonzept_2011_bf-12-.pdf

² Abschied von Gestern. Joachim Weiner über Integration, Inklusion und Verwaltungsreformen, in: Choices. Kultur-Kino-Köln, Juni 2012, S. 6. Den gesamten Schwerpunkt zum Thema Integration finden Sie unter: <http://www.choices.de/minderheiten-sind-wir-alle>

Frank Möller (Moderation):

Ich möchte kurz das Podium vorstellen. Wir haben heute zu Gast:

- **Hannelore Bartscherer** vom „Runden Tisch für Integration e.V.“
- **Gonca Mucuk**, Mitglied des Rates der Stadt Köln (MdR) von der SPD
- **Ossi Helling**, MdR von Bündnis 90/Die Grünen
- **Helmut Jung**, MdR, von der CDU

Die drei Vertreter des Stadtrates sind innerhalb ihrer Parteien zuständig für die Integrationspolitik. Den „Runden Tisch für Integration“ gibt es seit 1992. Er wurde damals als Reaktion auf die fremdenfeindlichen und rassistischen Vorfälle in Rostock, Lichtenhagen, Mölln und – gar nicht weit von uns entfernt – Solingen gegründet. In dem „Runden Tisch“ sind eine ganze Reihe von Spezialisten und auch von Vereinen zusammengefasst zum Thema – ja, was eigentlich? Das ist ja auch die Frage, die wir uns heute stellen können: Integrationspolitik, Politik der Chancengleichheit? Die Problematik fängt nämlich bereits bei den Begriffen an. Da werden wir sicher heute auch noch drüber zu reden haben.

Dr. Joachim Weiner (Moderation):

Ja, einen schönen guten Abend. In den letzten Jahren kann man feststellen, dass im Sektor Integration allenthalben viel in Bewegung gekommen ist. Spätestens, seit die Bundesrepublik auch mit dem Einwanderungsgesetz, das war so ein Schlüsseltermin, entdeckt hat oder zumindest halbwegs zugegeben hat, dass wir ein Einwanderungsland sind, was sie ja jahrelang wie alle verleugnet haben, ist Bewegung in die integrationspolitische Debatte gekommen. Interessant ist, dass unterdessen vor allen Dingen auch auf der kommunalen Ebene unendlich viel passiert ist – insofern, als sehr viele Kommunen damit angefangen haben, Integrationskonzepte zu erstellen. Zunächst einmal ist das etwas überraschend, weil man ja denken kann: Was habt ihr denn bis dahin gemacht? Die meisten Kommunen hatten natürlich immer schon Integrationspläne bzw. Vorstellungen von Integration entwickelt, die sie auch schriftlich fixiert hatten. Plötzlich aber gab es eine Bewegung, dass überall sehr ähnliche Integrationskonzepte auftauchten, die in gewissen Punkten starke Übereinstimmungen aufweisen. Meine erste Frage zielt damit auf die Klärung dieses Sachverhalts: Warum brauchen plötzlich alle Kommunen ein Integrationskonzept, das in der Regel mit viel Aufwand entwickelt wird? Und vielleicht meine erste Frage an Herrn Helling: Warum braucht Köln ein Integrationskonzept?

Ossi Helling:

Ich glaube, dass die Beschreibung richtig ist. Das hängt nicht nur mit dem Zuwanderungsgesetz zusammen, mit einer anderen Auffassung über die Zusammensetzung unserer Gesellschaft. Bis zu dem Zuwanderungsgesetz hatten wir, zumindest auf der politischen Ebene ja eine Mehrheit in der Richtung, dass Deutscher nur der ist, der deutsches Blut hat. Erst mit dem Zuwanderungsgesetz haben wir uns der Position, die unendlich viele Nachbarländer schon längst hatten, genähert, dass Deutscher eigentlich der sein sollte, der über längere Zeit in diesem Land lebt. Wir haben dann festgestellt, ohne jetzt den Blick auf viele andere Großstädte zu lenken, dass auch in Köln ein jahrzehntelanges immer wieder fortgeschriebenes Programm existierte. Das war das „Ausländermaßnahmenprogramm“. Das sollte aber geändert werden mit einer Art Paradigmenwechsel. Denn das „Ausländermaßnahmenprogramm“ war noch immer – zumindest in Teilen und weil es bereits so alt war – getränkt von der alten Gastarbeiterideologie, nach der die Arbeitskräfte, die gerufen worden waren, auch wieder gehen würden. Ein Trugschluss. Diese Philosophie der kommunalen Programmatik musste

also geändert werden. Und vor diesem Hintergrund hat sich die Stadt Köln entschlossen, zusammen mit vielen, vielen Akteuren, einen deutlichen Einschnitt zu machen und dann ein so genanntes Integrationsprogramm oder Integrationskonzept aufzulegen in der klaren Erkenntnis oder mit der Hauptprämisse, dass es nicht mehr darum geht, benachteiligte Gruppen als defizitär zu empfinden, sondern dass es darum geht, dass die Menschen in Köln, sofern sie das einheitliche Charakteristikum „Menschen mit Migrationshintergrund“ haben, keine Problemgruppe in dieser Stadt sind, sondern eine ganz wesentliche Ressource für die Weiterentwicklung der Stadt Köln; sowohl in wirtschaftlicher als auch in kultureller, letztlich aber auch insgesamt in menschlicher Hinsicht. Und das war der Punkt, an dem wir gesagt haben: Um diesen Paradigmenwechsel deutlich zu machen, schreiben wir nicht erneut ein „Ausländermaßnahmenprogramm“ fort, sondern steigen ein in einen neuen Prozess, der auch dann zu einer ganz anderen Entstehungsgeschichte des Integrationskonzeptes geführt hat.

Gonca Mucuk:

Ich möchte gerne etwas ergänzen. Ich denke, es ist ein Stückchen weiter gegangen bei uns. Wir haben mit dem Arbeitstitel „Integrationskonzept“ angefangen hier in Köln. Aber letztendlich nennt sich das ganze hier nicht Integrationskonzept, sondern „Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft“ und auch diese Begrifflichkeiten bergen ja im Prinzip schon diesen Paradigmenwechsel in sich, nämlich dass es nicht mehr darum geht, irgend jemandem irgend etwas zu integrieren, sondern die Anerkennung der bereits vielfältigen Stadtgesellschaft. Das ist noch mal ein wesentlicher Unterschied auch zu den Integrationskonzepten in anderen Kommunen. Und darüber hinaus denke ich, dass auch die Entstehung des Kölner Konzeptes eine Besonderheit ist. In allen anderen Kommunen wurden irgendwelche Stiftungen oder die Verwaltung wurde beauftragt, ein Konzept zu erstellen. In Köln haben wir das im Dialog gemacht, deswegen hat es auch so lang gedauert, was ja auch sehr häufig kritisiert wurde. Aber dafür haben wir eine sehr hohe Beteiligung gehabt: an Migranten selbst, an Organisationen, an Fachfrauen, Fachmännern, die ihre Freizeit dafür geopfert haben, um an diesem Wandel innerhalb unserer Stadtgesellschaft teilzunehmen und das festzuschreiben.

Dr. Joachim Weiner:

Das stimmt nicht so ganz. In anderen Städten hat man auch sehr langjährige Prozesse in Gang gesetzt, in denen viele Beteiligte, in der Integrationspolitik Tätige, Vereine, Träger usw. mitgearbeitet haben, auch in kleineren Städten. Es ist nicht ganz so, dass Köln eine Ausnahme darstellt. Nur sind manche andere Wege gegangen. In Frankfurt – um mal ein Beispiel zu nennen, wie man es auch machen kann – hat erstmal eine Expertengruppe eine Art Entwurf gemacht, eine kritische Bestandsaufnahme, hat Änderungsbedarf angemeldet. Und das ist dann in der Stadtgesellschaft diskutiert worden. Daraus ist dann erst das Frankfurter Konzept entstanden. Das war also auch eine Möglichkeit. Wir werden gleich darüber reden, ob der Weg, den Köln eingeschlagen hat, tatsächlich ein guter Weg war. Ich wage das zu bezweifeln. Wir müssen aber darüber reden.

Wenn Sie sich jetzt das Konzept genau anschauen, dann haben Sie das, was Herr Helling eben ausgeführt hat und was Frau Mucuk ergänzt hat, tatsächlich auf den ersten zehn Seiten stehen. Danach beginnt dann der, ich nenne es mal so, der handlungsorientierte Teil, in dem die ganzen Handlungsfelder der Integrationspolitik aufgeführt werden. Entsprechen diese Teile aus Ihrer Sicht aber einander, Frau Bartscherer?

Hannelore Bartscherer:

Mit der Gründung des „Runden Tisches für Integration“ ist ja im Grunde schon versucht worden, Stadtgesellschaft zu bündeln und integratorisch konzeptionell etwas zu verändern. Dass dann im „Runden Tisch“ selbst irgendwann auch nach einer konzeptionellen Form, die notiert wird, gefragt wurde, denke ich, ist absolut notwendig und folgerichtig gewesen. Das, was

dann entstanden ist in einem jahrelangen Prozess, der viele hundert Leute beteiligt hat, hat im „Runden Tisch für Integration“ sehr unterschiedliche Bewertungen erfahren. Sagen wir so: Die Grundlage, das war der erste richtige Schritt in die richtige Richtung. Ich glaube, da deckt sich das insgesamt. Aber was dann folgt, dazu haben einige gesagt: „Wir produzieren ausgesprochen viel Papier, was machen wir aber damit?“ Andere sagten: „Es ist ja schön, dass das alles mal aufgeschrieben wird, aber es muss ja irgend eine Folge haben.“ Wir haben mittlerweile den Versuch eines Maßnahmenpapiers. Ich bin immer noch der Meinung, es wird ausgesprochen viel Papier produziert. Das was wir jetzt Anfang Juni hier in der Stadt veröffentlicht haben, sind lauter Fragen: Wie kommen wir denn jetzt zu Bewertungskriterien? Was sollen denn die ersten Schritte sein? Wie soll das denn aussehen?

Grundsätzlich ist es richtig, dass wir versuchen, mit der Ressource, mit dem Reichtum, den wir in dieser Stadt haben, so umzugehen, dass es in dieser Stadt Teilhabe aller gibt. Dafür die Voraussetzungen zu schaffen, das ist m. E. das, was ein Integrationskonzept leisten muss. Wie weit wir an den unterschiedlichen Stellen dafür tatsächlich so weit sind, dass wir Voraussetzungen schaffen, die anders sind als vor dem Integrationskonzept, das ist die Frage. Und da haben wir sehr viele Bereiche, in denen konkret Fragen gestellt werden und andere Bereiche, in denen keine Fragen gestellt werden. Und ich glaube, das ist auch das, wo das Integrationskonzept immer wieder auf Kritik stößt: Was machen wir denn, nachdem wir jetzt diese ganzen Papiere erstellt haben? Wie geht es denn konkret weiter? Wie soll es umgesetzt werden? Wer tut das? Was macht die Verwaltung in dieser Stadt, die wesentlich mit eingebunden werden muss? Ist sie denn wirklich eingebunden? Im Moment haben wir zwei Dezernate, die in dieses Konzept mit eingebunden sind. Ist das richtig? Schaffen wir Parallelstrukturen?

Frank Möller:

Herr Jung, als ich dieses Konzept gelesen habe, hat das bei mir eigentlich mehr Verwirrung erzeugt, als Erkenntnis gefördert. Es beinhaltet ja eine ganze Latte von Handlungsempfehlungen, bei denen auffällt, dass die eigentlich nicht miteinander verknüpft sind, bzw. dass die auch in keiner Hierarchie stehen. Man kann eigentlich keine wirkliche Handlung daraus ableiten. Es kommt mir so ein bisschen vor wie das Bild eines Weihnachtsbaums, an den ganz viele, ganz gutwillige Menschen ebenso viele Wunschzettel gehängt haben und vermutlich hinterher fürchterlich enttäuscht sein werden, weil diese Wünsche, die sich z. T. auch widersprechen, gar nicht alle erfüllt werden können. Glauben Sie denn, dass dieses vorliegende Konzept tatsächlich dem Zweck dienen kann, die Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft voran zu treiben oder ist es einfach nur ein ebenso gut gemeintes wie folgenloses Stück Papier?

Helmut Jung:

Ich hoffe doch sehr, dass es nicht bei einem Stück Papier bleibt, sondern dass diese Maßnahmen, die hier in diesem Papier drin sind, auch wirklich umgesetzt werden. Nur, dazu ist natürlich auch die Verwaltung gefordert, die Politik gefordert, auch der Integrationsrat, entsprechende Anträge zu diesen Maßnahmen zu stellen. Inwieweit da etwas passiert, weiß ich nicht, denn am 26. März 2009 ist dieses Papier im Rat verabschiedet worden, und ich bin selbst, wie meine Kollegin auch, im Integrationsrat, und bis heute ist noch kein entsprechender Antrag zum Maßnahmenprogramm gestellt worden. Nun muss man dazu sagen, im Moment würde das auch wenig Sinn machen, da die Stadt Köln ja noch nicht im Besitz eines Haushaltes ist. Und es gibt ja auch noch ein neues Landesintegrationsgesetz, das auch noch nicht verabschiedet ist. Und auch das Land hat noch keinen Haushalt. Wann die den verabschieden, weiß ich nicht. Wir in Köln beschließen am 28. Juni. Dann haben wir ihn allerdings immer noch nicht, denn dann muss er erst mal zur Regierungspräsidentin zur Genehmigung. Erst dann können wir – wenn er denn genehmigt zurückkommt – aktiv werden. Und ich hoffe doch sehr, dass dann in den entsprechenden Gremien, sei es im Sozialausschuss, im Schulausschuss – es sind

zwei Dezernate – und auch im Integrationsrat die entsprechenden Anträge gestellt werden, damit dieses Papier, an dem dreihundert Leute beschäftigt waren, nicht nur Papier bleibt, sondern in der Tat mit Leben gefüllt wird.

Gonca Mucuk:

Da muss ich eingreifen. Zum einen: Die zwei Dezernate, das ist so nicht richtig. In die Erarbeitung des Maßnahmenprogramms, die ja im Moment noch läuft, sind alle Dezernate einbezogen. Und das haben wir im Integrationsrat bewusst so beschlossen, weil Integration eine Querschnittsaufgabe ist. Und zwar ist wichtig, dass ein wirklich auch Verantwortlicher aus den Dezernaten in den Steuerungsgruppen mit drin sitzt und das vernünftig steuert und dass wirklich die Aufgabe als Querschnittsaufgabe auch verankert und auch kommuniziert wird. Darüber hinaus, dass es nicht nur Papierseiten bleiben muss: Ich muss da vehement widersprechen. Wir haben Integrationsarbeit in unserer Kommune bereits vorher geleistet. Die wird nach wie vor geleistet. Wir machen in Köln viel gute Arbeit, ganz viele unterschiedliche Akteure arbeiten Tag für Tag, und das seit Jahrzehnten, in dieser Stadt vorbildlich. Nur, weil es bis dahin kein Konzept gab, bedeutet das nicht, dass keine Integrationsarbeit geleistet wurde. Und es ist natürlich sinnvoll und gut, dass man im Prinzip die Sachen auch runterschreibt, damit man auch eine Kontrollinstanz hat. Aber ich denke, wir dürfen nicht den Fehler machen, dass wir uns zu sehr an einem Papier festklammern und sagen, wenn das Papier fertig ist *dann* werden wir aktiv. Nein, wir sind jetzt schon aktiv und das seit Jahrzehnten.

Dr. Joachim Weiner:

Frau Mucuk, ich hätte an Ihrer Stelle genau so argumentiert wie Sie (Lachen im Publikum). Ich hätte auch auf die Praxis verwiesen. Wir alle wissen ja, dass hier unendlich viele Organisationen in der Integrationspolitik seit Jahren tätig sind mit ganz verschiedenen Konzepten, mit ganz verschiedenen Ansätzen für ganz verschiedene Zielgruppen. Es gibt also eine sehr ausdifferenzierte Praxis. Aber wenn wir doch so eine tolle Praxis haben, wieso hat man es in dem Integrationskonzept nicht geschafft, diese Dinge erst mal zusammen zu fassen zu einer Bilanz, also eine wirkliche Bilanz zu ziehen und zu sagen: Was haben wir bisher? Wo sind die offenen Flanken? Das hätte mich am meisten interessiert. Wir haben ja in Köln tatsächlich nicht nur eine super Integrationspraxis, sondern wir haben eine Praxis mit sehr vielen offenen Flanken. Darüber können wir dann gleich diskutieren. Und wir haben eine Integrationspraxis, wo man sich fragen muss: Wie ist denn der Wirkungsgrad der tollen Aktionen, die hier alle stattfinden? Darüber wissen wir eigentlich relativ wenig, zumindest der Bürger weiß nichts darüber. Es mag ja sein, dass die Damen und Herren aus der Verwaltung einen Überblick darüber haben, aber ich als einfacher Bürger habe keine Ahnung, wie effektiv eigentlich das Ganze ist, das hier Jahr für Jahr in den verschiedenen Maßnahmen angeboten wird. Meine Frage ist deshalb, wenn ich das Integrationskonzept mit seinen 250 Handlungsempfehlungen und 56 Kernzielen lese und sofort den Überblick verliere, zumal viele Ziele und Handlungsempfehlungen auch noch identisch sind, wie wollen Sie denn da den Bürger noch mitnehmen? Wer soll das eigentlich verstehen?

Ossi Helling:

Ich muss noch mal auf die Entstehungsgeschichte kommen. Es ist nicht einfach nur so, dass da dreihundert beliebige Menschen sich irgendwie ihre Freizeit um die Ohren geschlagen haben, um irgend so ein Papier zu erstellen, sondern die innere Logik dabei war, dass wir Gruppen, die die Stadtgesellschaft repräsentieren und die sich schon Gedanken gemacht haben um diese Frage der integrativen Stadtgesellschaft, dass wir diese Gruppen in die jeweiligen Arbeitsgruppen reingenommen haben, und das hat natürlich Konsequenzen. Das hat z. B. die Konsequenz, dass auf der Ebene der einzelnen Arbeitsgruppe Verständigungen gesucht wurden zwischen zum Teil sehr unterschiedlichen Interessen. Wenn ich beispielsweise über

Beschäftigung rede und in einer Arbeitsgruppe Vertreter sowohl der Arbeitgeber als auch der Gewerkschaften habe, dann sind die integrationspolitischen Beschäftigungsmaßnahmen von vornherein unterschiedlich. Und wir haben versucht, in diesen Arbeitsgruppen Konsense zu finden, weil wir gesagt haben, alle Teile der Stadtgesellschaft müssen selber aktiv werden und selber ihren Anteil dazu beitragen, dass die Situation dieser Stadtgesellschaft sich verbessert. Das führt natürlich auch dazu, dass die einzelnen Forderungen, die dort entwickelt wurden, nicht immer oder häufig nicht das Modernste vom Modernen sind oder das theoretisch Fundierteste vom theoretisch Fundierten, sondern es führt dazu, dass auch Forderungen erhoben wurden, wo schon innerhalb der Arbeitsgruppen Interessenausgleiche stattgefunden haben. Und das, finde ich, ist ein Kölner Ansatz gewesen, der in der Form auch in anderen Städten nicht vollzogen wurde.

Es war aber nie beabsichtigt gewesen, dass es bei den Handlungsempfehlungen bleibt, sondern dass danach das hier schon mal angesprochene Maßnahmenprogramm kommen sollte. Und mit dem Maßnahmenprogramm sind ansatzweise die Sachen erfüllt, die hier verlangt werden. Dort wird genauestens analysiert: Was haben alle Teile der Verwaltung, jedes Dezernat, was haben die bisher gemacht? Wie teuer waren die Maßnahmen und wie gut waren die Maßnahmen? Und das ist die Grundlage, um zu sagen: Wir scheiden die Sachen, die wirkungsvoll waren als Einzelmaßnahme von den Sachen, die nichts gebracht haben und machen eine zukunftsorientierte einzelne Maßnahme. Und in diesem Prozess sind wir. Das hat allerdings Schwierigkeiten gemacht. Wir machen im Moment den dritten Anlauf von diesem Maßnahmenprogramm, weil wir auch weiterhin daran festhalten wollen, dass nicht nur die Verwaltung das vorschlägt. Wir hatten einen Entwurf, wo nur die Verwaltung gesagt hat, folgende Maßnahmen waren sinnvoll und wir erachten die Maßnahmen 3, 6 und 12 für zukunftsorientiert. Dann haben wir gesagt, wir gehen noch mal eine Schleife über die jetzt gebildeten Expertengruppen, damit es nicht nur Sumpf der Verwaltung ist, sondern dass wiederum außerhalb der Verwaltung Akteure der Stadtgesellschaft darauf gucken können und sagen können, wir identifizieren in bestimmten Arbeitsfeldern, beispielsweise Anti-Diskriminierung oder Flüchtlingspolitik oder Bildungspolitik zwei, drei Kernmaßnahmen, die wirklich in den nächsten Jahren, 2012, 2013, 2014, uns einen qualitativen Fortschritt in den jeweiligen Handlungsfeldern bringen. An dieser Stelle sind wir jetzt. Das Maßnahmenprogramm wurde schon zweimal umgeschrieben, wird jetzt erneut den Expertengruppen zur Verfügung gestellt und geht dann erst in die entsprechenden Ausschüsse rein. Das ist ein sehr langwieriger Prozess aber wir bleiben dabei, das muss ein partizipativer Prozess sein, weil es nichts bringt, wenn alleine Verwaltung und alleine die einzelnen Dezernate diese konkreten Maßnahmen identifizieren.

Frank Möller:

Ich möchte noch mal bei dem Punkt „Partizipativer Prozess“ ansetzen. Ich habe den Eindruck, dass in Köln ein ziemlich verqueres Verständnis von Partizipation herrscht. Partizipation bedeutet hier, man bezieht zu einem x-beliebigen Zeitpunkt möglichst viele Leute ein, die alles einbringen können, man schreibt das auf, man schreibt das zusammen, man macht einen schönen bunten Umschlag drum herum und meint, ein Konzept zu haben. Ein Konzept ist das aber nicht, das ist noch nicht mal eine Leitlinie. Weshalb ich verallgemeinernd sage, ich habe den Eindruck, dass das in Köln eine generelle Vorgehensweise ist: Das ist tatsächlich nicht nur in diesem Fall so. Wir haben das beispielsweise bei der Endlosdiskussion um das so genannte Kölner Leitbild so erlebt. Fragen Sie heute mal diejenigen, die an der Kölner Leitbild-Diskussion beteiligt waren, was sie von dieser Diskussion und was sie von der Umsetzung halten. Kurz gesagt, die Leute fühlen sich verarscht. Wir haben die Diskussion gehabt um das Konzept zum bürgerschaftlichen Engagement, 2003 vom Rat in Auftrag gegeben. Das ist ein ähnlicher Prozess und eine ähnliche Posse gewesen. Auch hier wurde eine Unzahl von Leuten einbezogen und hinterher ist im Grunde genommen nichts dabei herumgekommen.

Man muss doch erstmal überhaupt Grundlagen dafür liefern, wo überhaupt einbezogen werden kann. Das heißt, diesem merkwürdigen „Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft“ fehlt z. B. eine kritischen Bestandsaufnahme, woran es in Köln bei der Integration und in der Integrationspolitik hapert, es fehlen auch begriffliche Klärungen, wenn man so will, ein Stück wissenschaftliche Vorarbeit. Das alles ist nicht gemacht worden. Wenn man auf diesen ungeklärten Grundlagen dann möglichst viele Leute zusammentrommelt, die alle zu dem Thema Integration in Köln arbeiten, dann lässt man die ins Leere laufen. Wenn man es richtig anpacken will, dann gibt man doch erstmal vernünftige Vorgaben, arbeitet das Thema in Politik und Verwaltung sauber durch und bezieht erst dann weitere Akteure ein. Ich denke einfach, dass man eine Konzeptdiskussion auf diese Art und Weise überhaupt nicht angehen kann und damit nur vermeidbaren Unmut produziert.

Frau Bartscherer, ich möchte Sie noch einmal dazu fragen: Halten Sie es denn für ideal, wie das Procedere gelaufen ist? Oder würden Sie nicht auch sagen, die Erwartung an die Verwaltung hätte erstmal sein müssen, es muss zunächst Vorgaben geben, damit überhaupt vernünftig gearbeitet werden kann?

Hannelore Bartscherer:

Das ist genau die Diskussion, die im „Runden Tisch für Integration“ immer wieder geführt worden ist. Trotzdem finde ich, dass die Initiative selbst zu begrüßen ist. Das ist ein richtiger Schritt in eine richtige Richtung. Für mich ist im Moment die Engführung auf das Integrationskonzept bei dem Thema zu wenig. Wir brauchen eine Akzeptanz in der Bevölkerung, die über die dreihundert oder von mir aus sechshundert Leute, die mitarbeiten, rausgeht. Wir brauchen eine Kommunikation in die Stadtgesellschaft hinein. Wer weiß denn aus unserer Bevölkerung überhaupt Bescheid, dass es das Konzept gibt. Das ist viel zu eng geführt. Da tun wir zu wenig. Öffentlichkeitsarbeit wäre für mich ein ganz, ganz wesentliches Thema mit einem Ziel, das m. E. über alle Anstrengungen, die jetzt im Integrationskonzept auch kleinteilig beschrieben sind hinausgeht. Wir brauchen, wenn wir Integration in dieser Stadt haben wollen, eine Willkommenskultur. Wir müssen alle mitnehmen, die in dieser Stadt in irgendeiner Form miteinander leben und kommunizieren. Wir haben Ressourcen – das ist ja eben auch schon mal gesagt worden – die wir nicht aktivieren. Wir haben tolle Organisationen, die auch ausgesprochen gute Integrationsarbeit nicht nur machen sondern auch leben. Aber die breite Stadtbevölkerung, die steht noch ein Stück weit daneben. Und an der Stelle müssen wir noch sehr viel grundsätzlicher versuchen, eine Atmosphäre zu erzeugen, die diese Integration – jetzt nehme ich mal einen Ausblick – bis hin zur Inklusion, da reden wir ja auch heute immer wieder von, noch mal ganz anders definiert. Denn erst, wenn wir die Inklusion haben, eine Stadtgesellschaft, wo das Thema Integration nicht mehr diskutiert wird, dann sind wir da, wo wir hin wollen. Und das kann mit einem Integrationskonzept vielleicht ein Stück weit befördert werden. Aber da müssen wir insgesamt viel, viel mehr tun.

Joachim Weiner:

Was passiert aber, wenn das Konzept, das ja auch eine Werbemaßnahme ist, das Leute ansprechen und eben nicht nur als Leitlinie der Verwaltung oder der Integrationspolitik dienen soll, wenn dieses Konzept das Gegenteil bewirkt, d. h. wenn es abschreckt? Und dieses Konzept, ich habe es jetzt mehreren Leuten zu lesen gegeben, hat eine zutiefst abschreckende Wirkung. Es schlecht geschrieben. Das heißt, hier sind Sinnentstellungen drin, die auch nicht mehr nachvollziehbar sind. Es gibt Dinge, die völlig unverständlich sind. Die Handlungsempfehlungen, die Ziele stehen in keinem Zusammenhang. Diesen Zusammenhang kann man auch nicht rekonstruieren. Bei der Zuordnung von – was Sie eben sagten, Herr Helling – von Nahzielen und Fernzielen ist überhaupt keine Struktur erkennbar, keine Systematik. Ich könnte bei den meisten Fällen jedes Ziel als Fernziel bzw. als Nahziel setzen und umgekehrt. Es ist keine Logik dahinter, die ist auch nicht erkennbar. Entscheidender ist noch, dass eine

begriffliche Verwirrung gestiftet wird, also z. B. zwischen Inklusion und Integration. Hier geht alles durcheinander. Hier ist z. B. die Rede von systemischer Inklusion. Der Mensch, der das aufgeschrieben hat, der hat keine Ahnung von Systemtheorie, tut aber so, als ob er wüsste, was er da schreibt. Das ist reiner Unfug.

Und zum zweiten: Meinen Sie nicht auch, dass das eher ein Institutionenpapier ist, also von freien Trägern usw. getragen, als ein von Bürgern gemachtes? Hier waren doch gar keine Bürger dabei, hier waren doch noch nicht mal Wissenschaftler dabei, Migrationsforscher z. B., die in der internationalen Szene oder zumindest der nationalen Szene halbwegs bekannt sind. Jeder Integrationsforscher würde die Hände über dem Kopf zusammen schlagen über das, was hier als Leitlinien oder als Ziele dargestellt worden ist und auch über den armseligen theoretischen Background, der hier herrscht.

Helmut Jung:

Ganz so negativ, wie Sie das sehen, sehe ich es nicht. Die Stadt hat ja schon in den 60er, 70er Jahren Maßnahmenprogramme, spezielle und einzelne, gehabt. Es wurde also Zeit, mal ein Gesamtpapier zu erstellen. Ich stimme Ihnen natürlich zu, wenn Sie eben vom Leitbild gesprochen haben. Das Ding ist verpufft. Da haben sich viele Leute viel Arbeit gemacht und es ist nicht mehr weiter in die Öffentlichkeit getragen worden. Und das gilt es hier zu verhindern. Ich stimme Ihnen zu, wir müssen hier die Bürger mitnehmen, die in der Tat nicht wirklich an der Erarbeitung dieses Konzeptes beteiligt waren. Ob da unbedingt immer Wissenschaftler rein müssen, weiß ich auch nicht. Also unser Ziel muss es jetzt sein, dieses ganze Papier mit entsprechendem Leben zu erfüllen und deswegen sind hier auch die einzelnen Expertengruppen gebildet worden, in denen nicht nur Verwaltung oder Politik drin sind, Politik am wenigsten. Sondern man hat sieben Expertengruppen gebildet, in denen auch die Bürger mitmachen sollen. Und hier sind sicherlich auch potente Leute an der Spitze, die die einzelnen Gruppen leiten. Und ich denke, da muss angesetzt werden und da muss auch die Bevölkerung mitgenommen werden. Dann kriegen wir mit diesem Papier einiges bewirkt.

Ossi Helling:

Abschreckende Wirkung – das mag sein. Es ist aber auch nicht die Absicht gewesen, dass einzelne Bürger, denen man diese schön gedruckte Broschüre gibt, ein Aha-Erlebnis haben und dann sagen, oh, jetzt muss ich mich für Integration, für die integrative Stadtgesellschaft einsetzen. Sondern das Papier beschreibt einen Entstehungsprozess, den haben wir jetzt mehrfach genannt, und es ordnet diesen Prozess nur. Und das Spannende ist doch, wir haben überhaupt noch keinen Output. Insofern ist es auch ein bisschen – ich bleibe jetzt mal genauso polemisch – läppisch, da herum zu kritisieren, dass einzelne Forderungen sich widersprechen oder dass da kein ausreichender wissenschaftlicher Background ist oder so. Es geht darum, dass das den Impuls gesetzt hat, um einen weiteren Prozess der Chancengleichheit in Köln zu ermöglichen. Ein Beispiel: Wir haben die Expertengruppe 3 jetzt, die hat den Bereich „Toleranz / gleichberechtigte Teilhabe / Chancengleichheit“. Die soll entsprechende Antidiskriminierungsmaßnahmen mit entwickeln. Da sitzt drin die Alevitische Gemeinde Deutschlands, da sitzt drin das Polizeipräsidium Köln, da sitzt drin Agisra (Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung), da sitzt das NS-Dokumentationszentrum drin, der Caritasverband, „Öffentlichkeit gegen Gewalt“, DITIB und das Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen. Das sind nicht nur einzelne Träger, sondern das sind wesentliche Akteure. An diesen Organisationen, beispielsweise an dem Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen, hängen mindestens 500 bis 1.000 Menschen, die dort über ihre Alltagssituation in Köln kommunizieren. Und wenn diese Organisationen bereit sind, an den weiteren Maßnahmen mitzuarbeiten, wenn dort Handlungsempfehlungen umgesetzt werden in Maßnahmen von konkreter Antidiskriminierung, dann ist das ein Riesenschritt, wo ich nicht erkenne, dass dieses Papier hier eine abschreckende Wirkung hat. Viel-

mehr hat es die Wirkung, dass wir tatsächlich vorankommen mit vernünftigen Forderungen, die dann auch schon von wesentlichen Teilen der Stadtgesellschaft mit getragen werden können, und in diesem Prozess sind wir jetzt.

Gonca Mucuk:

Noch eine Ergänzung zu meiner Vorrednerin, Frau Bartscherer: Sie haben ja etwas beschrieben, was viel breiter ist, viel größer ist. Das ist ein gesellschaftlicher Prozess, an dem alle teilhaben sollten. Das kann ich mir nicht vorstellen, dass das in irgendeiner Weise ein erarbeitetes Konzept leisten kann. Und die Kritik in Sachen Kommunikation, die teile ich. Die teilen wir aber auch alle. Und es gibt vereinzelt auch Sachen, die das aufbrechen sollen. Der Integrationsrat hat die Broschüre „100 Prozent Köln“ herausgebracht. Diese Broschüre wurde in den ganzen Stadtbezirken einzeln vorgestellt. Es ist eine wunderschöne Broschüre, die Sie auch im Netz runterladen können, die eben das vielfältige Leben in Köln abbildet. Die Veranstaltung dazu war durchaus erfolgreich, sehr erfolgreich würde ich sogar sagen. Nur müssen wir uns auch eingestehen – ob es uns passt, oder nicht, das ist Realität – das Querschnittsthema Integration interessiert die Mehrheit leider nicht. Sie können das Thema – und ich komme aus dem Fachbereich Pressearbeit, Öffentlichkeitsarbeit – den Journalisten nur sehr schwer verkaufen. Das interessiert niemanden. Und es interessiert die Journalisten nicht, weil es die Bevölkerung nicht interessiert. Das ist für die Fachleute, die tagtäglich mit dem Thema befasst sind, eine bittere Pille. Es liegt an uns allen, an der Öffentlichkeitsarbeit zu rühren und möglichst viel auf das Thema aufmerksam zu machen. Aber auch nicht unter dem Label Integration, weil auch das ein Begriff ist, der gar nicht mehr die Realität widerspiegelt. Wir müssen eigentlich, um die Debatte korrekt zu führen, von dem Begriff Integration weg kommen, auch von dem der Inklusion. Wir müssen vielmehr die Debatte in die Richtung „vielfältige Stadtgesellschaft“ lenken. Wir reden ja schon lange nicht mehr von der Unterschiedlichkeit der unterschiedlichen Ethnien, der Herkunft, der Religionen. Es sind so viele Faktoren, die aufeinander treffen. *Den* Migranten gibt es ja nicht. Dieses *eine* Milieu gibt es nicht, sondern es ist sehr vielfältig. Aber das rüberzubringen, ist ein Prozess, den wir alle gemeinsam mitgehen müssen und der noch einige Zeit andauern wird.

Dr. Joachim Weiner:

Ich muss Ihnen in einem Punkt widersprechen. Ich weiß, dass es schwer ist, mit dem Integrationsthema in die Öffentlichkeit zu kommen. Aber es gibt eine ganze Reihe von Punkten, die für jeden Integrationsprozess – oder Inklusionsprozess nenne ich den lieber – von höchster Relevanz sind. Das sind die Bereiche, die über die Teilhabe an der Gesellschaft wirklich *entscheidend* mitbestimmen. Das sind die Bereiche Bildung und Arbeit. Dafür bekommen Sie immer wieder Leute. Es ist Quatsch, dass sich dafür niemand interessiert. Sie wissen selber, mit welcher harten Bandagen die Bildungsdiskussionen hier in Köln geführt werden und auch mit welcher öffentlichen Resonanz. Die Bildungsdiskussion, die wir führen, ist auch eine Integrationsdiskussion, das muss man nur klar machen. Und wenn wir auf einer Bildungsveranstaltung diskutieren, dann diskutieren wir immer auch über Schulen, in denen z. B. 50 oder 70 % Schüler mit Migrationshintergrund sitzen. Und wir diskutieren dann die Frage: Wie geht die Stadt Köln mit solchen Schulen um? Wie bewältigen wir die Probleme, die in *solchen* Schulen auftreten und von denen ...

Gonca Mucuk:

Ich habe gerade gesagt, es sind nicht *solche* Schulen, es sind *unsere* Schulen...

Dr. Joachim Weiner:

Doch, es sind *solche* Schulen, weil wir auch andere Schulen in Köln haben, in denen keine 70 % Migrationshintergrundsleute sitzen, sondern in denen die gutbürgerliche Mittelschicht sitzt.

Gonca Mucuk:

Es sind auch keine *Migrationshintergrundsleute*. Ich finde die Begrifflichkeit sehr unpassend.

Dr. Joachim Weiner:

Das hat etwas damit zu tun, dass diese Schulen in Schwierigkeiten geraten sind...

Gonca Mucuk:

Aber nicht deswegen, weil da so viele Jugendliche mit Migrationshintergrund sind. In Köln sind das immerhin insgesamt rund 50 %. Jeder zweite Jugendliche unter 18 Jahren ist ein Kind mit Migrationshintergrund. Das liegt aber nicht daran. Auch *Sie* müssen an Ihren Begrifflichkeiten feilen.

Dr. Joachim Weiner:

Das Problem ist, dass Schulen, an denen wir eine hohe Anzahl von Kindern mit Migrationshintergrund haben, in der Stadt Köln Schwierigkeiten haben, sich überhaupt am Leben zu halten. Es gibt Schulen in Köln, die werden sterben, und zwar mit der Begründung seitens der Elternschaft, dass sie nicht möchten, dass ihre Kinder auf solch eine Schule kommen. Das hat mehrere Gründe. Diese Schulen finden sich häufig in sozial problembesetzten Stadtteilen, und sind schlecht ausgestattet. Das ist doch das *entscheidende* Problem.

Gonca Mucuk:

Genau! Das ist ja schön, dass Sie das entscheidende Problem auch erkennen und benennen. Aber Sie führen ja im Prinzip allein mit Ihrer Sprachwahl diese Denkart der Leute, die ihre Kinder nicht auf *solche* Schule schicken, fort. Das finde ich bedauerlich.

Dr. Joachim Weiner:

Ich stelle nur fest, das *ist so*. Das ist doch nicht *meine* Meinung. Ich stelle nur fest, das ist die Reaktion vieler Eltern in der Stadt hier. Das können Sie auch durch Befragungen feststellen. Es gibt ja Untersuchungen, die das bestätigen. Wir haben jetzt auch gerade den Integrationsbericht von Prof. Klaus Bade auf den Tisch bekommen.³ Und der hat genau dieses Problem bestätigt und hat benannt, dass kommunale Politik den Integrationsprozess stärken kann, indem sie insbesondere Schulen, die in solchen Problemgebieten liegen *besonders* stärkt. Genau das wäre beispielsweise etwas, was ich in einem Integrationskonzept als *Vorschlag* erwartet hätte. Das ist eine tatsächliche Schwäche hier in Köln. Und davon ist leider in dem Integrationskonzept nicht zu sehen. Vorschläge zu den Fragen, wo die offenen Flanken unserer Integrationspolitik sind, die fehlen vollkommen in dem Integrationskonzept. Da werden obskure kleinteilige Handlungsempfehlungen gegeben, aber der Kern – wie statuen wir unsere Schulen und unsere Kindergärten aus, wie machen wir das so, dass die Leute eine bessere Chance haben, dass die Teilhabemöglichkeiten größer werden – darauf gibt dieses Papier keinerlei Antworten. Darauf hätte es aber Antworten geben müssen.

Gonca Mucuk:

Ein Satz nur als Reaktion darauf. Ich denke, was das Papier definitiv nicht hergibt: Wir hätten damit einsetzen müssen, zunächst einmal die Problemlage sachgerecht auseinander zu dividieren. Denn auch Sie als scheinbarer Fachmann bringen es hier wunderbar zustande, möglichst viele Problemstellungen auf einmal über einen Kamm zu scheren, und das finde ich im höchsten Maße bedauerlich.

³ Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hrsg.), Integration im föderalen System: Bund, Länder und die Rolle der Kommunen. Jahresgutachten 2012 mit Integrationsbarometer. Abrufbar unter: http://www.svr-migration.de/content/wp-content/uploads/2012/05/SVR_JG_2012_WEB.pdf

Hannelore Bartscherer:

Unbestritten ist ja, dass viele Problemstellungen in diesem ganzen Paket drin sind. Bildung ist da ein Thema, Arbeitsplätze sind ein Thema, Wohnsituation ist ein Thema. Das gehört alles dahinein. Das sind ganz viele soziale Probleme, die zu diesem Integrationsthema gehören und die oft eigentlich das Problem sind und nicht das Integrationsproblem. Also das müssen wir noch mal, das finde ich auch, selber sehr deutlich erkennen. Und eins, meine ich, gehört auf jeden Fall auch zu der Situation in Köln. Wir haben ja ein interkulturelles Referat, was zuständig ist für diese Themen, was, wie ich finde, sehr engagiert arbeitet, aber nicht mehr. Und wenn wir über Integration in dieser Stadt reden, dann reden wir an der Stelle auch über Geld, und was ist uns das wert und wie viel geben wir dafür aus? Wo ist denn überhaupt noch finanzielle Ressource? Nur dann, wenn wir auch Geld in die Hand nehmen, schaffen wir es, Dinge umzusetzen, auch diese Querschnittsthemen einer Stadtgesellschaft, die eine Willkommenskultur braucht. Das zu bündeln, ist ja auch noch mal ein Thema, was auch hier in unser Konzept hinein gehört. Ich glaube, es gibt da einiges, was nicht zwingend nur mit unterschiedlichen Ethnien, mit unterschiedlichen Religionen zu tun hat, zusätzlich zu dem was die Stadt schon alles bringt.

Frank Möller:

Wenn man von Stadtverwaltung redet, dann ist es doch eigentlich nahe liegend, zu sagen, dass die Integration oder die Inklusion, wie immer man es jetzt auch benennen möchte, dadurch erleichtert würde, dass man in der Verwaltung erstmal ausreichend Mitarbeiter mit Migrationshintergrund hätte. Dadurch käme möglicherweise auch eine etwas andere Sichtweise herein. In dem Konzept steht dazu nichts. Es gibt keine Zahlen. Herr Jung, ist der Zustand hier in Köln in der Hinsicht befriedigend oder müsste da nachgebessert werden? Und wer wäre für so was zuständig? Wer hätte es durchzusetzen?

Helmut Jung:

Dieser Zustand ist mit Sicherheit nicht befriedigend. Wir haben zu wenig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dieser Stadtverwaltung, die Migrationshintergrund haben. Wer dafür zuständig ist, ist nicht die Politik. Es gibt schon entsprechende Beschlüsse, die gefasst wurden, um diese Zahlen zu erhöhen. Zuständig dafür ist ausschließlich die Verwaltung und in erster Linie der Stadtdirektor mit seinem Dezernat, dem das Personalamt untersteht. Der ist dafür zuständig, Menschen einzustellen und auch zu finden.

(Zwischenruf)

Das kann ich Ihnen nicht sagen, ob er nicht will oder ob er nicht kann oder ob es zu wenige Leute sind, die sich aus diesen Bereichen für die Arbeit in der Stadtverwaltung interessieren, die ja natürlich nicht nur Bürotätigkeiten hat. Wir beschäftigen ja auch Handwerker und alles Mögliche.

Ossi Helling:

Ich möchte noch mal anknüpfen an die Schuldebatte. An dem Punkt Schulausbildung oder auch Kindergartenversorgung wird alles darauf ankommen, was in dem Maßnahmenprogramm steht. Und teilweise ist es natürlich so, das klang ja hier in der Diskussion auch an, dass man Politik nicht *primär* unter Integrationsgesichtspunkten macht, sondern dass man primär als Stadt Köln Politik macht unter dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit für *alle* Bevölkerungsgruppen. Und das ist z. B. die Frage des Schulsystems. Aber, glauben Sie mir, wir haben in Sachen Kindergartenversorgung und Schule durch die Ausbaupläne der Stadt natürlich auch erhebliche Fortschritte in der integrativen Stadtgesellschaft gemacht. Wir haben lange Jahre z. B. einen unterdurchschnittlichen Besuch von Kindergartenplätzen, 3-6jährige, von Kindern mit Migrationshintergrund gehabt. Das ist inzwischen überhaupt kein Problem mehr. Alle Quoten sind völlig gleich. Das hängt damit zusammen, dass die Kinder-

gärten inzwischen a) im 3-6-jährigen Bereich ausreichend vorhanden sind und b) dass dort natürlich auch Sondermaßnahmen gemacht worden sind, um Eltern, die noch Bedenken hatten, ihr Kind in diese Einrichtung zu schicken, weiter zu überzeugen. Ein ähnliches Phänomen haben wir jetzt bei der U3-Betreuung. Wir haben bei der U3-Betreuung, obwohl wir einen unheimlich hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund haben, dieses Problem gar nicht mehr, dass man sagen könnte, Eltern mit Migrationshintergrund sind da reserviert. Sondern die rennen uns in den U3-Betreuungsplätzen genau so die Bude ein wie die Eltern ohne Migrationshintergrund. Das sind Punkte, die ganz enorm mit der Chancengleichheit von bestimmten Gruppen dieser Stadtgesellschaft zu tun haben. Und da gibt es Fortschritte, genau wie es Fortschritte gibt im Bereich der Ganztagesbetreuung an den Schulen. Und an der Stelle ist es im Grunde genommen auch überflüssig, jetzt in einem Integrationsprogramm oder Integrationskonzept *Sondermaßnahmen* zu machen. Sondern wir stellen fest, dass teilweise mit der allgemeinen Kindergartenpolitik, mit der allgemeine Schulpolitik, wie wir sie betreiben, Chancengleichheit für alle bildungsfernen oder bildungsdistanzierten Schichten geschaffen werden. Das sind die großen qualitativen Fortschritte.

Und das zweite betrifft die interkulturelle Öffnung. Wir haben enorme Fortschritte gemacht bei der Quote von Auszubildenden bei der Stadt Köln mit Migrationshintergrund. Wir haben Fortschritte gemacht als Integrationsrunde. Das ist der Kampf im Kleinen, um interkulturelle Öffnung an den Stellen zu erreichen, wo wir zusätzliches Personal im sozialen Bereich eingestellt haben. Zum Beispiel wurde vor zwei Jahren der allgemeine soziale Dienst enorm ausgeweitet in Form des GSD (Gefährdeten-Sofort-Dienst). Dort haben wir von 40 Stellen dafür gesorgt, dass ein gehöriger Anteil dieser Stellen von Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund besetzt wurde, weil es für die Arbeit viel effektiver ist, diese Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen einzustellen als Mitarbeiter, die keinerlei interkulturelle Kompetenz haben. Das sind alles Maßnahmen, wo wir Fortschritte haben und wo wir im Maßnahmenprogramm überlegen müssen, ob wir so was z. B. verbreitern, dass wir sagen, überall da, wo neu eingestellt wird bei der Stadt, muss der 30%-Anteil Menschen mit Migrationshintergrund sich auch in den Stellenbesetzungen widerspiegeln. Da haben wir jetzt Vorläufermodelle und das wäre eine Maßnahme, die z. B. in einem Maßnahmenprogramm zwingend drin stehen muss.

Frank Möller:

Aber gibt es bei Ihnen Zahlen, wo wir im nationalen Vergleich stehen, also im Vergleich zu Städten wie Hamburg, München, Berlin, Frankfurt, Stuttgart? Gibt es darüber Daten? Erst dann ließen sich die Leistungen und Ergebnisse vor Ort ja wirklich einschätzen.

Gonca Mucuk:

Diesen direkten Vergleich kann ich Ihnen nicht bieten. Ich kann Ihnen aber andere Zahlen anbieten, die auch deutlich machen, was wir in unserer Kommune bereits geleistet haben. Und da teile ich Herrn Jungs Meinung nicht ganz, dass das nicht Aufgabe der Politik ist. Es ist in Teilen Aufgabe der Politik, die Verwaltung darauf hinzuweisen, an welchen Stellen sie nachzuarbeiten hat. Das haben wir ja als Integrationsrat erfolgreich gemacht. Um es an einem ganz konkreten Beispiel auch mit Zahlen zu benennen: Die Azubis hat Herr Helling eben kurz angesprochen. Ich sitze seit 2004 in dem Gremium im Integrationsrat. Wir hatten ganz am Anfang eine Anfrage gestartet beim Stadtdirektor: Wie ist denn die Beteiligung bei den Auszubildenden innerhalb der Stadtverwaltung. Wir meinten damit die originären Verwaltungstätigkeiten. Und da sah es tatsächlich so aus, dass wir im Jahre 2004 eine Quote von ca. 2,5 % aller Auszubildenden innerhalb der Stadtverwaltung hatten. Wir haben als Integrationsrat dann immer wieder nachgefasst und gefordert, gefordert, gefordert. Ich weiß nicht mehr, wie oft wir den Stadtdirektor in unserer Sitzung hatten. Und es hieß dann natürlich immer, wir würden ja gerne, aber die schafften die Hürden nicht. Wir haben Einstellungsverfahren, die schaffen die nicht. Dann haben wir argumentiert, es gibt aber auch andere Einstellungsverfah-

ren, wie z. B. das, was die NRW-Polizei benutzt, wo eben Sprachdefizite ausgeklammert werden können in den Testverfahren. Dann hat sich der Stadtdirektor auf Druck der Politik, auf Druck des Gremiums Integrationsrat damit auseinander gesetzt und hat sich sehr wohl ein System überlegt, wie er die Anzahl der Azubis mit Migrationshintergrund erhöhen konnte. Zum Beispiel wurden diejenigen, die an den Testverfahren teilgenommen hatten, es aber nicht geschafft hatten, explizit noch mal angesprochen. Ihnen wurden dann zu ihren Schwachpunkten Nachhilfestunden angeboten, gekoppelt mit einem Praktikum innerhalb der Stadtverwaltung über sechs Monate, wo sie unterschiedliche Bereiche kennen lernen konnten. Das hatte Erfolg. Aktuell 2012 ist der Anteil der Azubis mit Migrationshintergrund bei ca. 30 %. Jetzt errechnen Sie sich die Steigerung. Das ist ein Riesenerfolg und wenn ich diese Zahl in anderen Kommunen nenne, dann fragen alle, wie haben die das geschafft? Wir schaffen das nicht. Berlin gibt wirklich sehr, sehr viel Geld beispielsweise aus, um Migranten in die Ausbildung zu kriegen, ohne Erfolg, weil sie eben nur die Werbetrommel rühren und sehr gute Kommunikationsarbeit leisten, aber die Strukturen dafür gar nicht vorhanden sind. Und ich denke, an diesem Beispiel sieht man, dass sehr wohl, dass die Politik Einfluss darauf hat, in welche Richtung die Stadtverwaltung geht. Und dass das nicht ausreichend ist, darüber brauchen wir uns gar nicht zu unterhalten. Dass wir natürlich auch nicht nur bei den Azubis sondern auch bei den normal Eingestellten mehr Menschen mit Migrationshintergrund haben möchten, das steht ganz außer Frage. Aber da haben wir im Moment leider das Problem des Haushaltes. Die einzigen Bereiche, wo im Moment eingestellt wird, sind Erzieherinnen/Erzieher und Sozialpädagogen. Das war es. Alles andere ist im Moment gecuttet.

Dr. Joachim Weiner:

Wenn das alles so ist – und ich bezweifle das erstmal gar nicht – wieso taucht so etwas in so einem Integrationskonzept nicht als Bestandsaufnahme auf? Das hätte mich ja interessiert als Bürger: Wo stehen wir eigentlich? Keine einzige der Bestandsaufnahmen hier ist eine wirkliche Bestandsaufnahme. Das sind allgemeine Sätze, die in jedem Handbuch zur Integrationspolitik stehen könnten. Die sind abgeschrieben oder wirken zumindest so. Es sagt nichts über die Situation in dieser Stadt Köln aus. Ich habe keine einzige Einlassung gefunden, die etwas über die tatsächliche Situation in Köln aussagt. Dabei wäre genau das von Interesse: Wie wird hier wirklich konkret Integrationsarbeit geleistet? Und dann möchten wir natürlich auch wissen, was wird denn in Zukunft an neuen Projekten gestartet, was dieser deklarierten Integrationspolitischen Wende auch gerecht wird? Wenn wir sagen, wir haben hier einen partizipativen Ansatz, wir wollen jetzt an den Ressourcen der Damen und Herren mit Migrationshintergrund ansetzen, wir wollen die stärker fördern, dann frage ich mich doch, wieso kommt davon in dem Konzept nichts vor? Hier ist nur von Defiziten die Rede. Hier geht es nur darum, was man noch alles anbieten kann. Das ist der Kern aller Empfehlungen.

Ich sage Ihnen jetzt mal meine These dazu: Die tatsächlichen Ressourcen der Migranten und Migrantinnen sind unter dem Raster der stadtpolitischen Logik überhaupt nicht erfassbar. Um die zu erkennen, muss man einen bestimmten Blick haben. Wenn man selber in Migrantenkreisen verkehrt, dann weiß man, wo die Ressourcen liegen. Das sind aber keine Ressourcen, die wir alle so gerne haben wollen. Das sind aber wirklich echte Ressourcen, nämlich z. B. die Fähigkeit, sich unter schwierigsten Bedingungen mit hoher Intelligenz und Cleverness am Leben zu erhalten und die Familie durchzuschlagen. Und die Fähigkeiten, die da täglich in der Migrantenszene oder Migrantinnenszene existieren, überhaupt angemessen zu eruieren, das wäre die erste Aufgabe. Und wenn wir die eruiert hätten, ja, dann kommt als nächstes doch der entscheidende Punkt. Dann kommt der deutsche Zertifikatswahn ins Spiel. Der deutsche Zertifikatswahn, der macht die schönsten Fähigkeiten von jedem kaputt. Und vor genau diesem Hintergrund muss doch ein Integrationskonzept etwas dazu sagen können, wie denn dieses Potenzial, von dem wir dauernd reden, gehoben werden soll.

Frank Möller:

Herr Helling zunächst. Und dann sollten wir ins Publikum abgeben.

Ossi Helling:

Letzte Bemerkungen zu den Ressourcen. Wir haben Migranten völlig unterschiedlicher sozialer Schichtung, völlig unterschiedlicher Qualitäten. Wir haben eine *hochqualifizierte* Kulturszene, die durchsetzt ist von Menschen mit Migrationshintergrund, die das kulturelle Leben der Stadt Köln in einem ungeahnten Maße bereichern. Wir haben im Bereich von Hochschulabsolventen wunderbare Geschichten, wo Migranten selber sich organisieren und Patenschaften für Schulen übernehmen, Hausaufgabenhilfen machen bis hin zu Bewerbungstrainings und Vermittlung in einzelne Jobs. Das sind die Ressourcen, die wir heben müssen, weil es tatsächlich so ist, dass auch die Migranten, genau wie die anderen Menschen, völlig unterschiedliche Ressourcen haben. Und es ist nicht Kernressource des Migranten, den es so nicht gibt, unter schwierigsten Bedingungen sein Leben zu leben. Aber wir heben inzwischen selbst Ressourcen bei Menschen, die wir aus der Illegalität versuchen, heraus zu holen und sie auch zu nutzen. Hier wird kein Rausschmissprogramm gemacht. Hier wird auch nicht ein Programm des Nichtstuns gemacht, sondern bei Menschen ohne Papiere haben wir auch städtische Grundsatzbeschlüsse, die besagen, dass diese Menschen ein wesentlicher Teil unserer Stadtgesellschaft sind, also müssen wir ihnen Beratung geben, wir müssen Gesundheitsversorgung organisieren, auch wenn sie derzeit in keiner Krankenkasse sind. Das heißt, wir versuchen, Mängel, die durch die Bundespolitik entstehen, auf kommunaler Ebene durch sehr hohes Engagement auszugleichen. Auch das ist lebendige Stadtgesellschaft, um dabei zu bleiben. Auch solche Sachen kommen in ein zukünftiges Maßnahmenprogramm. Wir diskutieren hier viel zu sehr rückwärtsgewandt, wenn wir uns das Integrationskonzept und die Handlungsempfehlungen angucken. Wir diskutieren zukunftsgerichtet, wenn wir uns das kommende Maßnahmenprogramm angucken.

Gonca Mucuk:

Wir müssen zwei Dinge auseinander halten. Das Konzept, was erarbeitet worden ist, das ist ein Bruchteil dessen, was an Arbeit insgesamt geleistet wird. Und das ist etwas, was wir doch hier auseinander halten sollten. Das eine ist das Konzeptpapier, das man redaktionell kritisieren kann und sagen kann, das versteht kein Mensch, das liest auch kein Mensch. Auf der anderen Ebene muss man die Inhalte, die dahinter stehen, sehen und auch die Handlungsempfehlungen, die jetzt irgendwie kritisiert und belächelt worden sind. Die sind ja nicht einfach aus der Luft gegriffen. Die haben Gruppen erarbeitet und sehr wohl auch nach einer Bestandsaufnahme. Auch wenn die Bestandsaufnahme nicht in dem Papier drin ist, wurden sehr wohl in den einzelnen Gruppen Bestandsaufnahmen gemacht.

Frank Möller:

Gut, wir beziehen jetzt das Publikum mit ein. Es wäre sehr freundlich, wenn Sie sich jeweils kurz vorstellen könnten.

Susanne Rabe-Rahman (Caritas):

Ich möchte viel von dem unterstützen, was die Frau Mucuk gesagt hat, dass die Stadt an vielen Stellen schon weiter ist, als sie es im Konzept beschrieben hat. Ich möchte auch unterstützen, dass das Konzept vielfach nicht richtig lesbar ist und die Schwerpunkte in diesem Konzept nicht richtig erkennbar sind. Ich möchte konkret den Aspekt der Expertengruppe aufgreifen, die Sie eben geschildert haben, Herr Helling. Wir haben als Expertengruppe einmal zusammen gesessen und haben uns gefragt: Wie kommen wir denn jetzt zu diesem Titel „Toleranz und Teilhabe“? Das sind ja eigentlich Begriffe, bei denen wir glaubten, sie schon so ein Stück überwunden zu haben. Zumindest sind das nicht die Begriffe, die uns primär

interessieren. Und wir haben uns gefragt: Warum ist das Thema Antidiskriminierungsarbeit, was ja ein *wichtiges* Thema ist, warum ist das im Vergleich zu anderen Themen kein Querschnittsthema? Das ist ein Thema, das eigentlich in allen Bereichen relevant ist. Das haben wir uns auch gefragt. Und dann haben wir uns gefragt, wenn wir jetzt das Maßnahmenprogramm haben und jede Expertengruppe hat jetzt die Möglichkeit, zwei Handlungsempfehlungen oder zwei Maßnahmen zu priorisieren, wie kommt denn das zu einer Priorität hin, die dann letztendlich die wichtigsten Aspekte in der Stadt tatsächlich so auch aufgreifen kann? Wir haben uns einfach bei dieser ersten Sitzung sehr viele Fragen gestellt. Und da ist sicherlich auch noch weiterer Diskussionsbedarf. Und ich glaube, es ist in der Tat auch nicht ganz leicht, die Akteure, die sehr beseelt auch in diese Diskussion des Integrationskonzeptes gegangen sind, auch entsprechend mitzunehmen, wenn es eine Steuerungsgruppe gibt, die lediglich aus Dezernaten besteht, und wo man nicht weiß, wie weit die Dezernate eigentlich vorher schon eingebunden waren. Da fehlt es auch an Kommunikation.

Lale Konuk:

Ich habe den Arbeitskreis „Kultur und Migration“ geleitet, ca. zwei Jahre lang. Daraus hat sich auch der Verein „Kultur in Köln“ entwickelt. Ich finde schon, dass wir als Gruppe eine sehr gute Arbeit geleistet haben. Es war allerdings etwas schwierig, eine Bestandsaufnahme zu machen, weil wir letztendlich eben auch alle ehrenamtlich an dem Konzept gearbeitet haben, aber doch sehr viel Zeit damit zugebracht haben, das gewissenhaft und möglichst breit abzubilden, was in der interkulturellen Szene in Köln los ist, was vorhanden ist, welche Strukturen es gibt. Das ist so vielfältig. Ich glaube, da braucht man schon noch mal Strukturen, die wirklich vertieft in diese Szene einwirken. Deswegen haben wir auch gefordert, dass wir ein Service-Büro einrichten, um die Szene zu unterstützen in ihrer Tätigkeit, kulturelle Programme in die Tat umzusetzen. Das passiert sowieso schon, aber es wird nicht wirklich wahrgenommen. Und das ist unser Ansatzpunkt, das in die Stadtgesellschaft zu transportieren und dafür Strukturen herzustellen, die in der Stadt so noch nicht vorhanden sind.

Und ich habe heute einen Artikel gelesen – das hat jetzt mit Kultur nichts zu tun, aber mit dem Gesundheitsbereich – nach dem nur noch *ein* Kinderarzt in Mülheim tätig ist. Das hat mich schockiert. Und ich frage mich, warum nähert man sich diesen Themen nicht. Man beschäftigt sich seit bald vier Jahren mit diesem Integrationskonzept und immer noch sind solche großen Defizite vorhanden.

Rolf KeTaN:

Ich bin so was wie der ewige Migrant. Bin zwar hier zur Schule gegangen, habe aber vor 30 Jahren beschlossen, in einen Zirkuswagen zu ziehen und bin vor ca. 16 Jahren in diese Stadt zurückgekehrt und kenne also, sagen wir mal, diese Reintegrationsfähigkeit dieser Stadt. Die kann ich nur als schizophren bezeugen. An wie vielen Prozessen habe ich schon mitgewirkt, wie viel wird hier geredet, wie viele Papiere werden erstellt? Eines der Dinge, die mich besonders interessiert haben, war der Beschluss, hier in Köln eine Akademie der Künste der Welt zu gründen. Ich habe in dieser Ratssitzung gegessen. Es gab einen anderthalbjährigen, zweijährigen integrativen Prozess, wo also geredet wurde, dann war das Konzept fertig, dann wurde das im Rat beschlossen. Und kaum ist diese Ratssitzung zu Ende, kommt die nächste Ratssitzung, wird das Geld gestrichen. Dann passiert zwei Jahre nichts, dann wird es irgendwie zur Chefsache erklärt. Dann wird eine Leiterin eingestellt. Und nun, sechs Wochen später, liest man in der Zeitung, wird das Geld vielleicht doch wieder gestrichen. Diese Stadt hat ein tief sitzendes Problem damit, zu ihrem *Wort* zu stehen. Die an den wichtigsten Positionen sitzenden Menschen dieser Stadt haben die geringste Stehkraft zu ihrem Wort.

Frank Deja:

Ich bin einer der Initiatoren von „Köln kann auch anders“, also quasi ein Mitveranstalter hier

und ich bin Gonca Mucuk sehr dankbar für den Hinweis, dass Integration oder Inklusion eigentlich ein schon tot gerittener Begriff ist, der gar nicht mehr so richtig auf die Situation passt, denn wir reden ja von einer vielfältigen Stadtgesellschaft, die irgendwie miteinander auskommen muss. Wenn, wie du sagtest, 50 % aller Kinder unter 18 Migrationshintergrund haben, heißt das ja nichts anderes, dass in 20 Jahren mehr als 50 % aller Eltern schulpflichtiger Kinder Migrationshintergrund haben und sich fragen, wie sollen unsere Schulen z. B. aussehen, und wie wollen wir hier miteinander leben, und wer integriert hier überhaupt wen? Dieser Begriff ist schwer passend auf die Situation, die eigentlich da ist, und da möchte ich aufgreifen, was Joachim Weiner gesagt hat und eigentlich auch, was du, Ketan, grade angesprochen hast mit dem Aspekt, auch zu seinem Wort zu stehen, wenn man dann Geld in die Hand nehmen muss. Ich glaube, solange grade solche Schulen, wie sie Joachim Weiner beschrieben hat, eben finanziell nicht besonders gefördert werden und nicht klar wird, dass auch auf diesen Schulen die Kinder eine Chance haben müssen, an Bildung und am Leben der Stadt teilzunehmen – und dafür muss man eben Geld in die Hand nehmen, damit es geschieht – solange das nicht klappt, kann man viele schöne Worte machen, aber das nützt letzten Endes nichts.

Und ich bin etwas überrascht dadurch, dass ich hier heute erfahren habe, dass man trennen muss zwischen einem Konzept, das viele Menschen miteinander erarbeitet haben, und der Realität und Wirklichkeit, die ganz anders aussieht, und zwar teilweise auch durchaus *positiver*. Es wurden ja viele Beispiele genannt für Dinge, die auch gut funktionieren. Was ist dann der Sinn und Zweck des Konzepts? Das nährt in mir den bösen Verdacht, dass damit viele Menschen beschäftigt wurden, denen das Miteinander der Menschen verschiedener Kulturen in dieser Stadt ein Anliegen ist, eine Herzensangelegenheit. Aber wenn das, was dort formuliert wurde, und die Realität zwei verschiedene Dinge sind, dann frage ich mich ja, was soll das? Wäre es dann nicht wirklich sinnvoller, eben von dem, was in der Realität passiert, auszugehen, dann eine Bestandsaufnahme vorzunehmen und zu sagen, was funktioniert gut, was funktioniert schlecht? Wo müssen wir mehr reinstecken, wo müssen wir uns anstrengen, wo müssen wir eben auch Geld in die Hand nehmen? War das Beschäftigungstherapie, dieses Konzept zu entwickeln? Ich hoffe, nicht.

Claus-Ulrich Pröbß:

Claus-Ulrich Pröbß vom „Kölner Flüchtlingsrat e.V.“; eine kleine Vorrede und dann zwei Fragen. Zum Integrationskonzept: Es ist so, dass viele Punkte meiner Meinung nach zutreffen, die hier genannt worden sind, vor allen Dingen die kritischen Punkte. Ich glaube aber auch, dass es müßig ist, nach drei Jahren das Integrationskonzept, das wir auf Papier stehen haben, noch mal weiter entwickeln zu wollen. Ich glaube, das war ein singuläres Ereignis und so sollte es auch sein. Man kann es nicht mehr verbessern. Man kann nicht dran herumdoktern und versuchen, das eine oder andere jetzt aufzudröseln. Man kann Fehler eingestehen, die man gemacht hat. Irgendwann war der Zug abgefahren. Irgendwann musste man da durch. Jetzt sind wir an einem anderen Punkt, und meine Hoffnung ist, dass dieselben Fehler von früher nicht noch mal gemacht werden. Und ich bin eigentlich auch der Überzeugung, dass es gehen kann, diese Fehler nicht erneut zu machen, wenn wir alle drauf aufpassen. Das war die Einleitung.

Ich habe aber zwei konkrete Fragen. Die eine Frage bezieht sich auf das Interkulturelle Referat. Das Interkulturelle Referat der Stadt Köln ist das Herzstück der Integrationsarbeit der Stadt Köln. Ich glaube – und ich glaube, ich bin nicht der einzige, der das glaubt – das Referat ist überfordert. Nicht, weil die Leute „zu blöd“ sind, sondern weil sie unheimlich viele Aufgaben haben, die sie gar nicht alle erfüllen können. Neulich im Integrationsrat gab es eine Präsentation des Referats. Da waren 20 Seiten dick bedruckt mit Aufgabenstellungen, die nur ein paar Menschen dort erfüllen müssen. Das geht nicht. Das wissen alle, dass das gar nicht geht. Meine Frage ist: Warum kann die Politik nicht dafür sorgen, dass das Interkulturelle

Referat personell und fachlich aufgewertet wird? Warum geht das nicht? Das ist die eine Frage.

Die zweite Frage bezieht sich auf die nahe Zukunft. Stichwort: Integrationsgesetz NRW. Das sieht ja die Einrichtung von kommunalen Integrationszentren vor. Hier in Köln gibt es einen großen Streit darüber, wo das denn angesiedelt werden soll, ob im Schuldezernat oder im Sozialdezernat. Wir haben hier eine Politikerin, zwei Politiker. Vielleicht können Sie sagen, wo es denn hinkommen soll. Meine Meinung ist natürlich, dass es dahin kommen soll, wo die Integration bereits ist, nämlich im Sozialdezernat, beim Interkulturellen Referat. Und Frau Bartscherer warnte ja schon vor Doppelstrukturen. Deswegen die Frage: Gibt es da schon eine Entscheidung, oder wie ist die Meinung der Politik dazu?

Hemut Jung:

Nach meiner Meinung gehört es, wie Sie gesagt haben, in den Sozialbereich, weil da schon die entsprechenden Strukturen vorhanden sind. Aber meines Wissens gibt es noch keine Entscheidung darüber, wo es hin soll. Und die Frage zur Aufwertung des Interkulturellen Referates: Da bin ich ganz bei Ihnen. Aber ich stimme Ihnen mit der Klammer zu, es wird wahrscheinlich nicht von allen so gewollt.

Zwischenruf:

Von Ihnen oder von der CDU-Fraktion, die die Aufstockung unterstützen würde?

Hemut Jung:

Die Fraktion würde sie auch unterstützen.

Gonca Mucuk:

Entschuldigung, wir wollten es ja nicht in eine parteipolitische Diskussion ausarten lassen. Aber diesen Zusatz, diesen Spruch kann ich mir jetzt nicht verkneifen. Herr Jung ist derjenige, der in jeder Integrationsratssitzung immer nach den Kosten nachhakt, was ja auch nicht unbedingt verkehrt ist, in einigen Punkten ist es aber auch zuviel. Aber jetzt hier in der Öffentlichkeit einfach „ja, wir wollen das auch“ zu sagen, finde ich ein bisschen verlogen.

Hemut Jung:

Überhaupt nicht. Auch da muss die Kostenfrage geklärt werden. Das ist doch selbstverständlich.

Gonca Mucuk:

Das hätten Sie doch auch eben schon sagen können.

Claus-Ulrich Pröbß:

Entschuldigung, aber die finanzielle Seite kann man doch ausrechnen. Eine Personalstelle kostet 60.000 Euro. Zwei Personalstellen kosten 120.000 Euro. Das sind ja keine Geheimzahlen, sondern das sind Leute, deren Gehalt eben transparent gezahlt wird. Aber noch mal die Frage, woran hakt es denn? Sagen wir drei Personalstellen sollen jetzt zusätzlich zum Referat, also 180.000 Euro. Das sind ein paar Meter KVB-Bahn. Das ist natürlich jetzt ein blödsinniger Vergleich, das ist mir auch bewusst. Trotzdem: Wo ist die Priorität? Wenn wir das Referat als Herzstück bezeichnen wollen, wir in der Stadt Köln, dann müssen wir doch etwas dafür tun, dass es so bleibt und vor allen Dingen, dass es sich besser entwickelt. Wenn wir hier auf einmal die Kosten betonen, dann müssen wir uns doch eingestehen, dass wir das letztlich möglicherweise gar nicht wollen. Und dann muss man das sagen. Ich wäre glücklich, wenn klare Worte gesagt würden.

Frank Möller:

Herr Jung, also noch mal konkret: 180.000 Euro zusätzlich im Jahr – wäre das für Sie vertretbar?

Helmut Jung:

Entschuldigen Sie, ich kann hier keine Personalpolitik und keine Einstellungspolitik machen, unabhängig davon, dass da noch andere Ausschüsse mitwirken müssen. Von meiner Seite aus selbstverständlich, sonst wäre ich nicht in die Integrationspolitik reingegangen. Die liegt mir schon am Herzen. Aber ich kann jetzt hier nicht sagen, wir stellen drei Leute für 180.000 Euro im Jahr ein. Also, das ist doch ein bisschen zu viel verlangt.

Hannelore Bartscherer:

Kurz ein Satz zu den Kosten. Ich denke, die Frage ist legitim. Wenn wir an der Stelle keinen Schwerpunkt setzen und andere Dinge dafür aus dem Ruder laufen, wird es in der Folge sehr viel höhere Kosten geben als 180.000 Euro, die wir an anderen Stellen zahlen werden. Ob wir das wollen oder nicht, ob wir das Geld haben oder nicht. Es ist doch immer nur die Frage, wie gehen wir mit den Ressourcen um, die wir haben, den Notwendigkeiten um, die an uns gestellt werden, um stärkere, andere Realitäten zu verhindern. Das ist eine Frage an die Politik. Und die muss die Politik im Endeffekt beantworten, damit die Verwaltung arbeiten kann.

Ossi Helling:

Das sind klare Worte. Die Sache ist aber natürlich komplizierter, weil wir in einer schwierigen Haushaltssituation sind. Ich weiß, Sie können das alle nicht mehr hören. Es ist aber so. Und wir haben natürlich auch eine Debatte in der Bürgerschaft um die Frage: Was tun? Und eine Forderung, die relativ häufig und relativ laut erhoben wird, ist diejenige, dass die Stadtverwaltung mal gefälligst bei sich selbst zu sparen anfangen soll. Und dabei wird vermutet, dass es erhebliche Einsparpotenziale bei städtischen Mitarbeitern gäbe. Das ist nicht nur die IHK, sondern das sind eine ganze Reihe von gesellschaftlichen Kräften, die das unterstellen. Das andere ist, dass auch die Wohlfahrtsverbände beispielsweise, die teilweise in der Verbandsarbeit auch sehr vieles umsetzen müssen, zu Recht sagen, wir brauchen statt der Stadtverwaltung auch Personal, was von der Stadt finanziert werden soll. Wir haben bei der Stadt nur noch ganz wenige Bereiche, wo zusätzliches Personal eingestellt wird. Das ist in dem offenen Ganztagsbereich und das ist im Kindergartenbereich der Fall. Darüber hinaus gibt es eigentlich einen Einstellungsstopp. Vor dem Hintergrund einfach zu sagen, wir schaffen jetzt drei Stellen im Interkulturellen Referat, stößt in der Bürgerschaft teilweise auf Unverständnis, teilweise aber auch quer durch alle Fraktionen und in den Fraktionen insgesamt. Ich persönlich kämpfe auch seit Jahren für die Aufstockung des Interkulturellen Referats. Aber es gibt genauso in allen Fraktionen Stimmen, die sagen, wir können uns das im Moment einfach angesichts eines Stellenstopps und des bestehenden Tabus, auszuweiten, in der gesamten Stadtverwaltung nicht leisten. Sondern die vorhandenen Mitarbeiter sollen gefälligst effektiver arbeiten. Das ist Meinung auch in der Politik, auch in der Verwaltung.

Zweites Problem: Das Integrationsgesetz gibt uns für Koordinierungsaufgaben 1,5 Stellen, sagt aber dann als Gesetz, diese Stellen sollen nicht beliebig angesiedelt sein, sondern die sollen im Kontext der RAAs angesiedelt sein. Und es gibt im Moment keine Lösung dafür, sie dort wegzunehmen. Und dadurch haben wir in Köln die Situation, dass wir gezwungen sind, zwei Koordinationsstellen zu machen, solange die Landesregierung in diesem Gesetz diese rigiden Vorschriften macht, wo es anzusiedeln ist. Es darf nach der jetzigen Gesetzeslage, wenn nicht noch andere Ausführungsbestimmungen kommen, nicht abgedockt werden, also weggelegt werden von den RAAs. Und die sind nun mal im anderen Dezernat, nämlich im Jugend- und Schuldezernat. Wir versuchen auch da zu Änderungen zu kommen, die uns in Köln in die Lage bringen, *eine* einheitliche Leitungs- und Koordinierungsstelle zu kriegen.

Aber das muss dringend mit Düsseldorf verhandelt werden.

Gonca Mucuk:

Dass ich natürlich dafür bin, dass die Stellen aufgestockt werden *müssen*, also nicht nur sollten, sondern müssen, das brauche ich hier nicht noch mal kund zu tun. Die Frage ist nur, wie schaffen wir es gemeinsam? Denn tatsächlich hat Ossi Helling Recht in der Beschreibung, dass wir als Integrationspolitikerinnen und -politiker Schwierigkeiten in unseren eigenen Fraktionen haben, gewisse Dinge in diesen Kontexten durchzusetzen. Wie schaffen wir es alle gemeinsam, die interessiert sind an der Integrationsarbeit in der Kommune, darauf aufmerksam zu machen und Druck auszuüben? Ich will jetzt nicht den klassischen Vergleich zwischen Kultur- und Jugenddebatte, jetzt Kultur- und Integrationsdebatte aufmachen. Aber ich würde sagen: Machen Sie „Krawall“, die anderen machen es auch so. Die üben Druck aus, medialen, öffentlichen Druck, der sich natürlich auch auf die Fraktion rückkoppelt. Denn ohne diesen öffentlichen Druck, das müssen wir uns auch alle eingestehen, werden wir innerhalb unserer Fraktionen auch wenig Erfolg haben, das umzusetzen. Ich denke, der einzige Weg, wenn man irgendwann mal mehr Stellen für das Interkulturelle Referat haben will, müsste darüber gehen, dass man dafür auch öffentlich mobilisiert.

Dr. Joachim Weiner:

Aus dieser Veranstaltung nehme ich etwas Merkwürdiges mit nach Hause. Einerseits gibt es offensichtlich ein semantisches Universum der Integration. Das ist in diesem städtischen Konzept. Und dann gibt es eine praktische Ebene. Die hat mit diesem Konzept, mit diesem semantischen Universum, aber gar nichts zu tun. Dann gibt es eine eigentlich tolle Integrationsstimmung in der Stadt, die sich aber offensichtlich nicht durchsetzen kann, weshalb wir alle protestieren sollen. Das möchte ich einfach mal als Zwischenergebnis für mich festhalten.

Ina Fohlmeister:

Ich möchte verhindern, dass Sie mit diesem Eindruck nach Hause gehen, deswegen bin ich dankbar, dass ich das Wort noch mal bekomme. Mein Name ist Ina Fohlmeister. Ich bin Leiterin der Dienststelle, um die es heute Abend teilweise hier ging (Interkulturelles Referat der Stadt Köln) und bei dem auch die Koordinierung für die Konzeptentwicklung gelegen hat. Sie haben vorhin sehr schön beschrieben, wie in anderen Kommunen der Prozess gelaufen ist. Wir haben das Papier nicht so verstanden, als ob es jetzt die endgültige Leitlinie für die nächsten Jahre ist. Dazu ist es in einem viel zu partizipativen Prozess entstanden. Aber ich möchte zu diesem Prozess noch mal was sagen, dessen Ergebnis wir als Zwischenschritt verstehen. Dass wir einen Auftrag hatten, das in einem partizipativen Prozess zu tun, dass wir das gerne getan haben mit geringen Ressourcen und dass wir diesen Prozess des sich damit Auseinandersetzens schon als Wert an sich verstanden haben. Dass das Papier an vielen Stellen kritikwürdig ist, das gestehe ich zu. Ich bin auch dankbar für die Kritik, die Sie geäußert haben, in allen Teilen möchte ich sie nicht annehmen, in anderen Teilen sehr gerne. Das ist das eine. Über die Form der Kritik war ich nicht immer ganz glücklich, ich denke das hätte man anders formulieren können. Aber das scheint ja dann auch unterschiedlicher Geschmack zu sein. Aber was mir ganz wichtig ist, was Sie eben angesprochen haben, dieses Papier, dieses Konzept, was ja eine Leitlinie, ein Leitfaden sein soll, das müssen wir ja jetzt natürlich in einer vernünftigen Form erst mal qualifizieren. Und das wollen wir tatsächlich mit dem Maßnahmenprogramm erreichen. Das, was da an Handlungsempfehlungen, an Zielen formuliert wurde, das wollen wir in einem zweiten Schritt uns jetzt noch mal genau angucken und gucken, was machen wir denn in den einzelnen Handlungsfeldern tatsächlich? Also gucken, was machen wir für Maßnahmen und wo sind die Leerstellen? Wo müssen wir tatsächlich jetzt nachlegen, und in dem Zusammenhang wird sicherlich auch eine ganze Menge von den Handlungsempfehlungen nicht mehr auftauchen in Zukunft, weil es sich überholt hat, weil es

von der Bedeutung her nicht die Relevanz hat. Ich möchte mich trotzdem noch mal bedanken bei Ihnen für die Kritik, die Sie auch geäußert haben, und die Hinweise, die Sie gegeben haben, die wir dann hoffentlich auch in Maßnahmenprogramme und in den folgenden Arbeiten, die danach auch zu tun sind, wenn es um Wirkungsbeschreibungen geht, wenn es um Bestandsaufnahmen geht, also all das, was Sie gesagt haben, das wollen wir schon noch mal spiegeln an dem Konzept. Aber dann auf einer anderen Ebene weiterarbeiten.

Margarete Bühren:

Wissen Sie schon, wann das Maßnahmenprogramm veröffentlicht wird?

Ina Fohlmeister:

Ich hoffe, dass wir das im Herbst dieses Jahres jetzt auch vorlegen können in einer ganz neuen Form.

Dr. Joachim Weiner:

Da stellt sich aber doch am Ende wirklich die Frage, wieso schaffen es fast alle anderen Kommunen einen Maßnahmenkatalog, der auch lesbar ist, ihrem Konzept beizugeben? Die Stadt Köln braucht dreimal so lang wie andere Städte. Warum hat man das Ding nicht zusammen mit dem Maßnahmenkatalog verabschiedet? Hier stimmt doch etwas nicht, da wollen wir doch mal ganz ehrlich sein. Der Prozess ist aus dem Ruder gelaufen und keiner will in der Stadt jetzt zugeben, dass er aus dem Ruder gelaufen ist. Das Maßnahmenkonzept sollte doch mit verabschiedet werden. Die Stadt, der Rat hat es doch abgelehnt, das zu verabschieden, was vorgelegt worden war. Dieser Prozess ist nicht vernünftig gesteuert worden. Das wäre der Vorwurf, den wir jetzt an Ihr Referat richten würden. Sie können sich dagegen wirklich gerne wehren, aber das wäre mein Vorwurf: Da hat Steuerung versagt.

Ina Fohlmeister:

Sie haben, was die Tatsachenbeschreibung angeht, sicherlich recht. Dass das Maßnahmenprogramm nicht gleichzeitig mit dem Konzept verabschiedet wurde und dass der Prozess nicht an allen Stellen glücklich gelaufen ist, das ist auch so. Nichts desto trotz möchte ich an dieser Stelle mal ganz deutlich sagen, dass die Menschen, die auch nur gewisse Ressourcen haben, diese Arbeit zu leisten, diese in einem unglaublich hohen Maße eingebracht haben, um ein möglichst gutes Papier vorzulegen, aber dass die Ressourcen so begrenzt waren, dass wir zu dem Zeitpunkt das einfach nicht haben leisten können. Insofern ist die sachliche Kritik recht, aber dass das aus dem Ruder gelaufen ist, das möchte ich einfach so nicht annehmen. Ich stehe Ihnen auch nicht zu, dass Sie das beurteilen können.

Frank Möller:

Ich kann das von außen sehr wohl beurteilen, weil man bestimmte Dinge ja vergleichen kann. Es ist leider in Köln auch überhaupt kein singulärer Fall, dass ein derart verhunztes Konzept abgeliefert wird, dass man sich so etwas überhaupt traut. Ich habe eingangs die Leitbilddiskussion angesprochen und die Partizipationsdiskussion. Die sind strukturell völlig ähnlich abgelaufen. Das heißt, es gibt offensichtlich ein Verständnis in der Verwaltung davon, wie Partizipation auszusehen hat. Wenn dieses grundsätzliche Verständnis nicht hinterfragt wird, dann kommen diese Ergebnisse dabei rum. Und da hilft es dann auch nichts, Frau Mucuk, wenn man das Konzept anschließend klein redet und sagt, es hat für die Praxis ja relativ wenig Bedeutung. Dann ist wirklich die Frage, warum man es macht? Und dann möchte ich noch mal an die Worte von Herrn Pröbß erinnern, der in einem Nebensatz sagte, er hoffe, dass dieselben Fehler von früher nicht mehr gemacht werden. Ja, ich hoffe das auch. Nur, ich weiß aus meiner politischen und gesellschaftlichen Praxis: Fehler vermeidet man nur dann, wenn man wirklich eine schonungslose Analyse macht, was die Fehler gewesen sind. Erst wenn

man sie sprachlich und begrifflich auf den Punkt bringt, dann kann man was Neues entwickeln. Wenn man sich dem entzieht, ja, das nicht machen will, es tut mir leid, dann werden die Fehler weiter fortgesetzt. Und dann wird es diese Art von Unmut, die sich ja hier nun auch geäußert hat, auch weiter geben.

Ina Fohlmeister:

Ich hoffe, ich habe deutlich gemacht, dass ich das, was Sie an Kritik vorgebracht haben, ernst nehme und auch mitnehme.

Dr. Beate Blüggel:

Mein Name ist Beate Blüggel. Ich bin Leiterin der anderen Abteilung, die eben angesprochen worden ist (Stadt Köln, Amt für Weiterbildung/RAA) und die jetzt eher auf die Zukunft bezogen ist, und ich möchte gerne ein Missverständnis auszuräumen versuchen. Ja, das Teilhabe- und Integrationsgesetz des Landes NRW ist am 8. Februar dieses Jahres verabschiedet worden. Da steht drin, dass jede kreisfreie Stadt und jeder Kreis in NRW innerhalb der nächsten drei Jahre ein kommunales Integrationszentrum bekommen soll. Einige Kreise und kreisfreie Städte werden das neu erarbeiten müssen, aber das Land bedient sich an dieser Stelle der Infrastruktur der so genannten RAA. Das ist die Abteilung der Stadt, die ich leite. Das nennt sich „Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien“, ist im Bildungsbereich angesiedelt, existiert im Ruhrgebiet schon seit über 30 Jahren, in Köln seit 1996 und ist von Anfang an unterstützt worden nicht nur von der Kommune, sondern vom Schulministerium und – unter wechselnden Namen – vom dem Ministerium, das jetzt Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales (MAIS) heißt. Das Schulministerium hat immer schon Lehrerstellen zur Verfügung gestellt, das MAIS hat immer schon Geld zur Verfügung gestellt. Das MAIS hatte ein anderes Programm, das hieß „KOMM-IN NRW – Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit“ und damit sind Projekte gefördert worden. Bei der Evaluation von KOMM-IN NRW hat sich herausgestellt, da ist gute Arbeit gemacht worden, aber die einzelnen haben, für mich auch sehr nachvollziehbar, gesagt, wir haben eine „Projektitis“, wir brauchen nicht Geld für noch mehr Projekte, wir wollen eine Koordinierung, eine Steuerung, eine Bündelung. Deshalb ist das Land jetzt hingegangen und hat gesagt, wir nutzen die Infrastruktur der sehr guten RAA, die gut arbeiten in den verschiedenen Kommunen, immerhin 30 in NRW, die es jetzt gibt, und wir bauen die aus. Es geht nicht darum, ein kommunales Integrationszentrum neu zu erfinden. Es geht darum die RAA auszubauen und um ein paar Aufgaben zu erweitern. Das heißt aber, auch nach dem, was im Gesetz steht, dass das kommunale Integrationszentrum *mindestens* zu vier Fünftel, wenn nicht mehr Bildungsarbeit machen soll, *Hard Core* Bildungsarbeit. Also das, was die RAA seit 30 Jahren in NRW erfolgreich macht: Beratung von Menschen mit Migrationshintergrund über das Bildungssystem, das weiß Gott schwierig genug zu durchschauen ist und andererseits Öffnung dieses Schulsystems, dieses Bildungssystems für Menschen mit unterschiedlichen Herkünften. Wenn jetzt die Richtlinien kommen, auf die wir warten, seit das Gesetz verabschiedet ist, und man sehen kann, welche Fördermöglichkeiten die Stadt in Anspruch nehmen kann, dann wird es so sein, dass der Rat der Stadt einen Antrag stellen muss, wenn er ein kommunales Integrationszentrum einrichten will. Eine RAA wird es nach Sommer 2013 nicht mehr geben. Entweder hat die Stadt Köln dann ein kommunales Integrationszentrum oder sie hat nichts. Und es geht nicht darum, alle integrativen Aktivitäten in Köln zu steuern. Wenn man das mit anderthalb Stellen könnte ... ich glaube, wir werden niemanden hier im Raum finden, der denkt, dass das möglich ist. Wir müssen aber auch bedenken, dass man darauf achten soll, dass die Kämmeri, der die Haushaltslage ja auch bekannt ist, das nicht dazu nutzt, um den Haushalt weiter zu entlasten und zu sagen, prima, das Geld für anderthalb Stellen können wir gut gebrauchen und lassen das unter den Tisch fallen und setzen nach außen ein anderes Konstrukt ein. Ich wollte nur darauf hinweisen, wir können nicht frei erfinden, sondern das Land sieht genau vor, dass

die RAA ausgebaut werden soll und was die Aufgaben des kommunalen Integrationszentrums sein werden. Aus meiner Perspektive war die Wahl des Namens „Kommunales Integrationszentrum“ darum nicht ganz glücklich.

Frank Möller:

Dann kommen wir jetzt zu einer kurzen Abschlussrunde. Fangen Sie doch an, Herr Helling.

Ossi Helling:

Ich teile nicht die Gesamteinschätzung, die Sie, Herr Möller, zum Schluss gemacht haben, mit allen städtischen Konzepten und Grundsatzprogrammen. Es ist nicht richtig, dass das alles nur in Köln eine völlig falsche Philosophie hat. Beispielsweise hat das angesprochene Programm, Förderung bürgerschaftlichen Engagements, seit 2003 dazu geführt, dass Bedingungen bürgerschaftlichen Engagements in Köln rasant besser geworden sind. Wir haben wahnsinnig hohe Vermittlungszahlen in den Freiwilligen-Agenturen und so weiter und so fort. Also, eine Menge von Menschen sind über dieses Programm und über dieses Konzept aktiviert worden. Eine zweite Sache: Ich finde, die Diskussion um Definitionen, um die Frage aber auch, ob das Konzept nicht eine völlige Bruchlandung ist, kontraproduktiv bis zum Gehtnichtmehr. Diese Diskussion ist, Herr Prölß hat das anzudeuten versucht, im Grunde genommen eine Diskussion von gestern. Lasst uns nach vorne gucken und noch mal treffen, wenn das Maßnahmenprogramm da ist. Das Maßnahmenprogramm übernimmt im Grunde genommen in den Planungsvorgängen die Grundintentionen des Integrationskonzeptes, wie wir sie versucht haben, hier darzustellen. Dann wird die Diskussion auch spannend, und dann gucken wir, ob das Maßnahmen enthält, die wirklich die Menschen und die Stadtgesellschaft nach vorne bringen, oder ob das wiederum ein Rohrkrepiierer oder gar eine Geschichte wird, die die Menschen abschreckt. Das glaube ich nicht, ich freue mich auf die Diskussionen im nächsten Jahr um das Maßnahmenprogramm.

Frank Möller:

Das ist eine gute Anregung. Wir werden die aufgreifen und wir hoffen, dass wir dann auch jemanden von der Verwaltung hier oben sitzen haben und in die Diskussion einbeziehen können.

Gonca Mucuk:

Zunächst einmal möchte ich etwas klarstellen. Es wurde vorhin davon geredet, dass ich das Konzept klein rede. Das war in keiner Weise meine Intention. Ich rede das Konzept nicht klein. Ich erkenne an, dass einige Kritikpunkte, die Sie vorgebracht haben, die uns vorher auch bewusst waren, teilweise sehr wohl angebracht sind. Und das schließt ja auch das aus, was Herr Weiner eben gesagt hat, dass man kritikunfähig sei und sich auch die Kritik nicht anhören würde. Wenn es so wäre, dann würde zum einen keiner von uns Ratsvertretern hier sitzen, dann wäre aber auch die Verwaltung nicht – auch wenn nicht hier auf dem Podium – so doch zumindest im Publikum vertreten. Ich denke, dass diese Sachen einfach nicht fair sind und auch der Umgang und der Ton dann auch nicht fair sind, wenn man sich die Zeit nimmt und herkommt und mit Ihnen sehr wohl darüber diskutieren möchte, was hier gemacht wird und was nicht. Dann muss man das auch anerkennen. Und ich erkenne sehr wohl die Arbeit an dem Konzept an, und ich finde nicht, dass das für die Tonne geschrieben ist. Das sehe ich nicht so und denke auch, dass das Maßnahmenprogramm viele Ihrer Kritikpunkte auch enthält, nämlich die Bestandsaufnahme und auch das Abfragen, bringt es etwas oder nicht und was kostet es. Wäre natürlich schön, wenn es vorher gegangen wäre, war aber eben nicht möglich. Wir schaffen es in Köln aber, tatsächlich gute Dinge soweit zu zerreden, dass man letztendlich den Eindruck hat, die Stadt müsste ein Moloch sein und hier funktioniere *gar nichts*. Und dagegen wehre ich mich. Es gibt natürlich Sachen, die besser sein können, es gibt

Sachen, die daneben laufen. Gar keine Frage, aber ich denke, dass die Stadt an sich und die Stadtgesellschaft eine gute ist und sehr viel Gutes auch hervor bringt, dass das leider in dem Negativen einfach nicht gesehen wird. Und *das* war meine Intention, nicht das Konzept klein zu reden, sondern zu sagen, liebe Leute, guckt mal auch bitte nach rechts vom Konzept und nach links und nach vorne und nach unten. Da geschieht schon ganz viel, was wirklich gut ist.

Hannelore Bartscherer:

Integrationspolitik ist mehr als Integrationskonzept. Ich hätte mir heute Abend gewünscht, dass wir nicht so ausschweifend über das Integrationskonzept und auch die noch ausstehenden Maßnahmen reden (Applaus) sondern mehr über das, was Integrationspolitik oder Inklusionspolitik noch ausmachen kann, bis dahin, dass wir uns irgendwann vielleicht gar nicht mehr über solche Themen unterhalten müssen. Das hat mir gefehlt. Und ich denke, die Situation von Migranten in dieser Stadt ist ausgesprochen unterschiedlich. Also, eine Diskussion gerne noch mal mit anderen Schwerpunkten. Das halte ich für wichtig, weil ich auch der Meinung bin, dass wir in einer Stadt sind, die eine ganze Menge leistet. An Integration passiert ja viel. Wir haben unglaubliche viele Kräfte in ganz unterschiedlichen Initiativen, die da sehr, sehr viel Gutes tun. Die zu vernetzen wäre noch mal eine andere Geschichte. Aber an der Stelle meine ich, sollten wir vielleicht einen nächsten Abend planen. Und dann wünsche ich mir, dass mehr hier sitzen. Wenn es heute Abend um ein kulturelles Thema gegangen wäre, hätten hier mehr Leute gegessen. Schade, denn es geht um den Frieden in dieser Stadt, der muss uns alle angehen.

Helmut Jung:

Ja, Frau Bartscherer, ich stimme Ihnen zunächst mal zu. Der Titel der Veranstaltung war ja Kölner Integrationspolitik und nicht „Diskussion über das Integrationskonzept“. Da haben wir uns wirklich zu lange dran aufgehhalten, das ist richtig. Und wenn wir das heute als Schwerpunkt genommen haben, dann ist mein Eindruck, dann kam diese Diskussion zu früh. Dann hätte man sie erst dann durchführen sollen, wenn auch das Maßnahmenprogramm da gewesen wäre. Denn da hätten sich viele Kritikpunkte, die aufgrund dieses Papiers jetzt durchaus berechtigt sind, wahrscheinlich erledigt. Also ich denke, hier ist eine zweite Runde dringend erforderlich und man sollte die Stadt nicht so schlecht reden, als würde in diesem Bereich nichts geschehen. Es geschieht wirklich vieles.

Frank Möller:

Ja, dann erlauben Sie mir auch noch zwei, drei Sätze zum Schluss. Haben wir zu lange über das Konzept geredet? Das sagen Sie so einfach. In dem Konzept steht immerhin drin, ich zitiere: „Das Kölner Konzept zur Stärkung der Integrativen Stadtgesellschaft bildet die zentrale Leitlinie für kommunale Integrationsarbeit der nächsten Jahre.“ Was ist falsch daran, über die zentrale Leitlinie der nächsten Jahre zu reden und sie zum Schwerpunkt der Diskussion zu machen? Wissen Sie, das ganze Zustandekommen dieses Konzeptes interessiert mich in erster Linie überhaupt nicht. Das ist ein Papier, das von der Stadt herausgegeben wird und von jedem gelesen werden kann und soll, der sich für diese Thematik interessiert. Und da ist es erstmal *völlig normal*, dass man hieran Fragen richtet. Und dass Problematik damit verbunden gewesen ist, dass man es mit zu wenig Leuten gemacht hat oder vielleicht eher mit zu vielen, dass der ganze Erarbeitungsprozess falsch organisiert worden ist, das interessiert die Bürger dieser Stadt erstmal herzlich wenig. Die gehen von der begrifflichen Klarheit oder eben Unklarheit aus.

Die Alternative heute Abend wäre gewesen, wir hätten über *konkrete* Integrationsarbeit vor Ort gesprochen. Jetzt stellen Sie sich das bitte aber mal als Veranstaltung vor. Wenn Sie sich jetzt die Arbeit einer Gruppe vornehmen oder von zwei Gruppen, drei Gruppen, dann müssen sie begründen, warum Sie ausgerechnet die nehmen und warum Sie nicht die anderen neh-

men. Der zweite Punkt ist: Das, was das Konzept eben nicht leistet, müsste man an diesem Abend leisten. Man müsste nämlich im Grund genommen eine unabhängige Evaluation dieser zu diskutierenden Initiativgruppenarbeit machen. Das ist auf einer solchen Veranstaltung nicht zu leisten... (Zwischenruf) Ja, Sie sagen immer, das ist nicht das Thema, das hat aber sehr viel mit dem heutigen Thema zu tun. Wenn man über Integrationspolitik redet, dann redet man immer auch über deren politischen Ansatz und das bedeutet *immer*, dass man sich um begrifflicher Klarheit und Schärfe und um die Feststellung dessen, was tatsächlich ist, bemühen muss. Wir haben gesagt, wir können uns eine zweite Veranstaltung zu diesem Thema vorstellen. Wir werden sie machen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

Abschied von Gestern

Joachim Weiner über Integration, Inklusion und Verwaltungsreformen - Thema 06/12 Integration

Choices, Juni 2012, S. 6

choices: Herr Weiner, ist Ihnen eine Stadt bekannt, die sich in ihrem Selbstbild nicht als weltoffen, tolerant und von kultureller Vielfalt geprägt beschreibt?

Joachim Weiner: Nein. Nach der Durchsicht von mehr als einem Dutzend kommunaler Integrationskonzepte, das Kölner eingeschlossen, habe ich den Verdacht, dass es einen geheimen Textbausteinkasten für Integrationskonzepte gibt, aus dem sich alle bedienen. Ich habe jedenfalls keine Kommune ausgemacht, die in ihrem Konzept nicht vorgibt, sich seit jeher vorbildlich und engagiert für die Integration der Zugewanderten eingesetzt zu haben. Geschichtsklitterung in Sachen Integration ist Standard.

Mittlerweile hat jeder dritte Kölner einen Migrationshintergrund. Was bedeutet das für die kommunale Integrationspolitik?

Sie muss damit aufhören, die Bürger mit Migrationshintergrund als eine klar abgrenzbare defizitäre Minderheit zu betrachten, die es mit einem längst unübersehbaren Wust von „migrationspezifischen“ Unterstützungs- und Förderangeboten in die Stadtgesellschaft zu integrieren gilt. Die Bürger mit Migrationshintergrund sind so heterogen wie die übrige Stadtgesellschaft, und sie sind faktisch so viel und so wenig integriert wie ihre deutschen Mitbürger. Dieser Diversität muss die kommunale Integrationspolitik konzeptionell und in der konkreten Praxis gerecht werden.

In den Integrationskonzepten ist abwechselnd von Integration und Inklusion die Rede. Wo liegt da der Unterschied?

Vom Begriff der Integration sollte man sich im Zuwanderungsdiskurs endgültig verabschieden, weil er längst unlösbar mit der Forderung an die Zugewanderten verbunden ist, sich an die Kultur und die Lebensformen der deutschen Mehrheitsgesellschaft anzupassen. Da aber keine von allen Deutschen geteilte Kultur, geschweige denn Lebensform existiert, können die Zugewanderten die von ihnen geforderte Anpassungsleistung beim besten Willen nicht erbringen. Diese objektive Unmöglichkeit hindert die Aufnahmegesellschaft allerdings nicht daran, den Zugewanderten eine fehlende Bereitschaft oder gar eine generelle Unfähigkeit zu attestieren, sich zu integrieren. Der Inklusionsbegriff verlagert den Blick von den Zugewanderten auf die Aufnahmegesellschaft, die die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürger an allen Lebensbereichen zu gewährleisten hat. Das Umschalten von Integration auf Inklusion fällt der Politik allerdings schwer, weil damit die „bewährte“ Unterscheidung von autochthonen Deutschen und Bürgern mit Migrationshintergrund ihre Orientierungs- und Steuerungsfunktion einbüßt. Darüber hinaus stünde mit diesem Paradigmenwechsel auch die staatlich geförderte Integrationsindustrie zur Disposition, die in den letzten Jahrzehnten um die „defizitären“ Migranten aufgebaut worden ist. Schon weil die Politik es nicht wagen wird, sich mit deren mächtiger Lobby anzulegen, dürfte der längst überfällige Abschied vom Integrationsbegriff auf sich warten lassen.

Die Integrationspolitik in Köln will aber doch nicht mehr an Defiziten ihrer Zielgruppen, sondern an deren Stärken ansetzen. Migranten nicht als Problem, sondern als „Resource“.

Der aus der sozialen Arbeit übernommene Potentialansatz, der heute in allen Integrationskonzepten beschworen wird, macht zwar Sinn, erfordert aber eine erhebliche Umsteuerung eingespielter Verwaltungs- und Organisationsstrukturen, dazu eine grundlegende Neuausrichtung der migrationspezifischen Unterstützungsangebote und der bestehenden Förderstrukturen. Das vorliegende Integrationskonzept liefert keine Anhaltspunkte dafür, dass man in Köln dazu bereit ist. Die mehr als 200 Handlungsempfehlungen für die nächsten Jahre, mit denen das Kölner Integrationskonzept aufwartet, sprechen jedenfalls eine andere Sprache. Sie gehorchen eher der Devise: alles weiter wie bisher, von allem nur ein bisschen mehr.

Integrationspolitik gilt als „Querschnittsaufgabe“. Klappt die notwendige Kooperation in Köln?

In der Kölner Verwaltung ist Kooperation bislang die Ausnahme und nicht die Regel. Um die seit Jahrzehnten existierenden Abschottungstendenzen zwischen den einzelnen Verwaltungseinheiten aufzubrechen, bräuchte es einen Oberbürgermeister, der diesen Öffnungsprozess als Chef der Verwaltung gegen alle Widerstände vorantreiben würde. Es gibt allerdings keine Anzeichen dafür, dass Herr Roters fähig und bereit dazu ist, die lange überfällige Reform auf den Weg zu bringen. Der im Integrationskonzept beschworenen interkulturellen Öffnung und der dafür notwendigen Vernetzung der Verwaltungseinheiten räume ich daher kaum Realisierungschancen ein.

Was muss sich aus ihrer Sicht in der Kölner Integrationspolitik in den nächsten Jahren ändern?

Das lässt sich nicht in ein paar Sätzen sagen. Deshalb an dieser Stelle nur so viel: das integrationspolitische Leitziel müsste „Weg von der Defizitkompensation, hin zur Prävention“ sein. Das ist in weiten Bereichen das Gegenteil von dem, was im Kölner Integrationskonzept vorgezeichnet ist.

„Köln kann auch anders“ diskutiert am Montag, 18.6., über das Thema „Kölner Integrationspolitik – Weg zur interkulturellen Stadtgesellschaft oder wohlmeinender Blindflug?“ I Beginn 19.30 Uhr I Domforum (Domkloster 3, Köln)

WOLFGANG HIPPE

KÖLN KANN AUCH ANDERS erstellt in unregelmäßigen Abständen Dossiers zu Fragen der Stadtpolitik und zur Entwicklung städtischer Einrichtungen und Verwaltungen.

Zielgruppe der Dossiers sind Medienvertreter/innen, Multiplikator/innen und Fachkräfte innerhalb und außerhalb Kölns. Ihnen möchte KÖLN KANN AUCH ANDERS Hintergrundmaterial für eine fundierte und kritische Arbeit und Berichterstattung über wesentliche Aspekte der Entwicklung Kölns zur Verfügung stellen und sie dazu ausdrücklich ermuntern.

So sollen gleichermaßen Langzeitbeobachtungen von Entwicklungsprozessen wie auch die kritische Begleitung der Arbeit des Leitungspersonals städtischer Einrichtungen und Behörden gefördert werden. Aus Sicht von KÖLN KANN AUCH ANDERS ein unerlässlicher Beitrag zur demokratischen Kontrolle und langfristigen Sanierung der politischen Kultur Kölns.

Die Dossiers werden unentgeltlich zur Verfügung gestellt und auf der Homepage www.koelnkannauchanders.de zeitnah freigeschaltet.

Bislang sind erschienen:

Dossier 1:

Essay: „1514 antwortet nicht mehr. Eine Geschichte von Verlust, Verantwortung und vom Nutzen eines Archivs“ (2010)

http://www.koelnkannauchanders.de/content/pdf/1514_antwortet_nicht_mehr.pdf

Dossier 2:

Expertise: „Zur Zukunft von Stadtmuseum und Stadtarchiv in Köln. Eine kritische Zwischenbilanz“ (2010)

http://www.koelnkannauchanders.de/content/pdf/Dossier_Stadtarchiv_und_Stadtmuseum_Koln.pdf

Dossier 3:

Diskussion: „Kann Köln auch anders? Der Zustand der politischen Kultur zwei Jahre nach dem Archiveinsturz“ (März 2011)

http://www.koelnkannauchanders.de/content/pdf/Kann_Koln_auch_anders__Protokoll_2.3.2011.pdf

Dossier 4:

Expertise: „Sanierungsstau! Informationen (nicht nur) zur Gebäudewirtschaft der Stadt Köln“ sowie sich anschließende Fragen an politische Verantwortungsträger (Mai 2011)

http://www.koelnkannauchanders.de/content/pdf/Dossier_KKAA_zur_Gebaudewirtschaft_neu.pdf

Dossier 5:

Diskussion: „Sanierungsbedürftig und vom Verfall bedroht: Der Umgang der Stadt Köln mit ihren öffentlichen Gebäuden (Juni 2011)

http://www.koelnkannauchanders.de/content/pdf/Stadtgesprach_zur_Gebaudewirtschaft_Mitschrift.pdf

Dossier 6:

Diskussion: „Offene Ganztagschule in Köln. Anspruch, Wirklichkeit und Perspektiven (Oktober 2011)

http://www.koelnkannauchanders.de/content/pdf/Dossier_KKAA_6_Offener_Ganztag_17.10.2011.pdf

Dossier 7:

Vortrag und Diskussion: „Bürgerbeteiligung – Ein Heilsweg zur Revitalisierung der Demokratie?“ Von Dr. Markus Linden (November 2011)

http://www.koelnkannauchanders.de/content/pdf/Dossier_KKAA_7_Burgerbeteiligung_Markus_Linden.pdf

Dossier 8:

Expertise: „Schulentwicklung in Köln. Offener und gebundener Ganztags“ (Januar 2012)

http://www.xn--klnkannauchanders-zzb.de/content/pdf/Dossier_KKAA_8_Schulentwicklung_in_Koln.pdf

Dossier 9:

Expertise: „Gegenwart und Zukunft des Kölner Stadtarchivs. Eine Zwischenbilanz mit vielen offenen Fragen und einigen Forderungen zum 3. März 2012“ (März 2012)

http://www.xn--klnkannauchanders-zzb.de/content/pdf/Dossier_Kolner_Stadtarchiv_26.2.2012.pdf

